

# KoBra Brasilicum

Ausgabe 232 | März 2014

## Nunca mais – Brasiliens vergessene Militärdiktatur



- 04 Opposition und Opportunismus. Die deutsch-brasilianischen Beziehungen während der Diktatur. Ein (auch persönlicher) Rückblick  
*Luiz Ramalho*
- 07 Der lange Kampf gegen die Straflosigkeit  
*Christian Russau*
- 10 Die Nationale Wahrheitskommission. Historischer Wendepunkt oder Farce?  
*Nina Schneider*
- 13 Interview mit Maria Rita Kehl, Mitglied der Nationalen Wahrheitskommission  
*Lutz Taufer*
- 16 Straflager für Indigene im Namen der FUNAI  
*André Campos*
- 20 Die fragwürdige Zusammenarbeit deutscher Politik mit der Folterdiktatur Brasiliens  
*Klaus Hart*
- 23 Erleben wir ein Déjà-vu? Der Fortschrittsdiskurs als Machtinstrument  
*Guilherme Carvalho*
- 25 Das *Globo* Editorial und die „Blackbox“ Medien  
*Marco Wassheimer*
- 28 Biografie eines Guerilleros ohne Angst – Carlos Marighella (1911-1969)  
*Kurt Damm*
- 30 Fußball zwischen Diktatur und Demokratiebewegung  
*Thomas Fatheuer*



**KoBra - Kooperation Brasilien e.V.** ist ein Netzwerk an der Schnittstelle von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Akteur\*innen der sozialen Bewegungen in Deutschland und Brasilien, wissenschaftlicher Organisationen und interessierter Öffentlichkeit. Unser Ziel ist es, soziale Bewegungen in ihrem Engagement für eine gerechtere und nachhaltige Welt zu stärken. Dabei verdeutlicht KoBra durch politische Bildungsarbeit globale Zusammenhänge im brasilianischen Kontext.

**Konkret heißt das:**

- Wir bieten ein kritisches Austauschforum für unsere Mitglieder und intensivieren den Dialog zwischen deutschsprachigen und brasilianischen Organisationen.

- Jährlich organisieren wir den Runden Tisches Brasilien, die größte Fachtagung zu Brasilien im deutschsprachigen Raum.
- Die **Frühjahrstagung** ist Ort der Diskussion, Begegnung und Planung neuer Projekte.
- Unsere Publikation **Brasilicum** berichtet über Politik, Soziales, Wirtschaft und Umwelt und bietet Hintergrundanalysen.
- Die Website informiert über unsere Schwerpunktthemen, Seminare, Veranstaltungen und vieles mehr. Außerdem haben unsere Mitglieder Raum, sich dort zu präsentieren.
- Über unseren **Eilaktionsverteiler** verbreiten wir Aktionen zu Brasilien und versenden alle zwei Monate den **KoBra-Newsletter**.

**Impressum**

**Herausgeberin** KoBra - Kooperation Brasilien e.V. **V.i.S.d.P.** Yôko Woldering

**Redaktion** Manuel Armbruster, Igor Birindiba Batista, Uta Grunert, Sophie Unger, Yôko Woldering, Peter Zorn

**Übersetzungen** Igor Birindiba Batista, Tina Kleiber, Sophie Unger, Yôko Woldering

**Druck/Design** printed auf Recycling Papier, Druckwerkstatt im Grün, Freiburg. Layout mit Opensource Software unter GNU Lizenz. Designkonzept: rainerjooss@hotmail.com, Artwork: Fabiana Cenzi-Filder.

**Titelbild** Studentische Besetzung des Hauptsitzes der Nationalen Studentenvereinigung (UNE) im Jahre 1964. Foto: Archiv der UNE | Rückseite: Der lange und mühsame Weg zur Demokratie in Brasilien. Foto: Atossa Soltani.

Die in den Artikeln geäußerten Standpunkte spiegeln die Meinung der Autor\*innen wider und sind nicht zwangsläufig mit den Standpunkten der Redaktion identisch.

**Bezug/Kontakt** KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg

Telefon 0049 (0)761 600 69-26 | Mail: info@kooperation-brasilien.org | www.kooperation-brasilien.org

Unsere Zeitschrift Brasilicum erscheint viermal jährlich zu wechselnden Themenschwerpunkten. Sie können das Brasilicum im Jahresabonnement bestellen und erhalten damit nicht nur aktuelle Hintergrundinformationen zu Brasilien, sondern unterstützen auch die Arbeit von KoBra. Gedruckt: 20€ (Inland); PDF: 16€.

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst

Mit finanzieller Unterstützung durch ASW - Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. Partnerin von Fórum da Amazônia Oriental in Brasilien



## Editorial

***Nunca Mais!* – Nie wieder!** lautet der Ausruf einer brasilianischen Bewegung gegen das Vergessen der Menschenrechtsverbrechen der Militärjunta. Vor 50 Jahren übernahm das Militär in Brasilien nach einem Putsch die Macht. Ein repressives System bekämpfte mit brutalen Mitteln linke politische Strömungen und kritische Stimmen in der Gesellschaft. Nach außen gab sich die 21 Jahre dauernde Diktatur erfolgreich den Anstrich der Legitimität. Das Verhältnis Deutschlands zu Brasilien war unter den Kanzlern Brandt und Schmidt von wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten geprägt. Brasilien galt als stabiler, zukunftssträchtiger Partner (Klaus Hart, S. 20). Es kam u.a. zum Abschluss eines Atomvertrags, der noch heute Gültigkeit hat.

Die Diktatur in Brasilien von 1964 bis 1985 gilt Vielen als „vergessene Diktatur“. Die brasilianischen Regierungen und auch große Teile der Gesellschaft hatten lange wenig Aufmerksamkeit für die Aufarbeitung der Militärdiktatur übrig (Nina Schneider, S. 10). Im Vergleich zu den Diktaturen der Nachbarländer, Chile und Argentinien, gab es in Brasilien relativ wenige zivile Opfer. Nicht weniger schwer als anderswo wiegen jedoch die begangenen Menschenrechtsverletzungen und zu beklagenden Opfer. Die genaue Zahl der politischen Häftlinge ist bis heute unbekannt. Aktuelle Untersuchungen konnten bislang 475 Ermordete und Verschwundene nachweisen; über 24.000 Personen wurden verfolgt und inhaftiert. Meist waren dies Studierende, Journalist\*innen, Künstler\*innen und Rechtsanwält\*innen. Zahlreiche Brasilianer\*innen gingen während dieser „Bleiern Jahre“ ins Exil, um politischer Verfolgung zu entkommen. Viele davon kamen nach Deutschland, wo sie sich mit zwei Extremen konfrontiert sahen: Auf der einen Seite erlebten sie Solidarität und Unterstützung von kirchlichen Gruppen und Menschenrechtsorganisationen; die Brasiliensolidarität hat dort ihre Wurzeln. Auf der anderen Seite standen unkritische Kollaboration mit dem brasilianischen Militärregime durch Politik und Teile der Gesellschaft.

Trotz des Übergangs zur Demokratie 1985 wurden viele Verbrechen aus der Ära der Diktatur bis dato nicht aufgearbeitet, damals implementierte Machtstrukturen wirken bis heute fort (Lutz Taufer, S. 13). Einige Groß-

projekte tragen den Stempel der Diktatur, sie sind quasi ihr Erbe (Guilherme Carvalho, S. 23).

Anlässlich des fünfzigjährigen Gedenkens an den Putsch der Militärs finden in Brasilien (São Paulo) und Deutschland (Berlin und Köln) die *Nuncamais* Tage statt, die jeweils von lokalen *Nuncamais*-Gruppen organisiert werden.

Auch die KoBra-Frühjahrstagung Ende März 2014 (siehe Coverrückseite) widmet sich dem Thema. Sie beleuchtet autoritäre Strukturen im heutigen Brasilien. Die kommende FIFA-Fußball WM der Männer liefert dafür an vielen Stellen eine Steilvorlage (Thomas Fatheuer, S.30). Ein Blick zurück in die Geschichte von einem Zeitzeugen problematisiert das Geschehene und den adäquaten Umgang mit der Aufarbeitung (Luiz Ramalho, S. 4). Seit 2012 arbeitet in Brasilien eine Wahrheitskommission an dieser Aufgabe. Schließlich kommt die deutsche Brasiliensolidarität zur Sprache. Woher kommt sie und wo hat sie heute noch ihre Berechtigung?

Das Brasilicum unternimmt in dieser Ausgabe eine Reise in die Vergangenheit, die manche noch erlebt haben. Wir alle sind dafür verantwortlich, dass Repression und Diktatur heute keinen Platz mehr haben – weder in Brasilien noch in Deutschland. Die Aufarbeitung begangener Verbrechen ist und bleibt ein Gebot der Stunde.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!

*die Redaktion*

**2014** – 50 Jahre nach dem Militärputsch in Brasilien verweist ein Rückblick auf die deutsch-brasilianischen Beziehungen insbesondere in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts auf eindeutige Polarisierungen in der deutschen Öffentlichkeit und Politik:

- auf der einen Seite Verteidiger\*innen und Lobbyist\*innen der sogenannten ‚Revolution‘ (so hatten die Militärs ihren Coup d’Etat 1964 genannt), insbesondere aus deutschen Wirtschaftskreisen,
- auf der anderen Seite eine bemerkenswert engagierte Solidarität mit den Verfolgten des Regimes und der Opposition.

## **Opposition und Opportunismus. Die deutsch-brasilianischen Beziehungen während der Diktatur**

Ein (auch persönlicher) Rückblick

von Luiz Ramalho

Und die ‚offizielle Bundesrepublik‘ der in dieser Zeit durchgehend sozialdemokratisch geführten Regierungen? Sie übte Zurückhaltung in Fragen von Menschenrechtsverletzungen und zeigte sich euphorisch angesichts der glänzenden Aussichten von Wirtschafts- und Technologiekooperation mit dem autoritären Regime. Außenminister Genscher lobte beim Besuch in Brasilien 1975 die „Atmosphäre des Vertrauens, die für das deutsch-brasilianische Verhältnis charakteristisch ist“, Wirtschaftsminister Friedrich analysierte ebenfalls 1975 zufrieden: „Unser Handelsvolumen hat sich von 1964 bis 1974 versechsfacht“. Man beachte das von Friedrich gewählte Basisjahr 1964, das Jahr des Militärputsches, für den Vergleich. Der Höhepunkt der deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit war der deutsch-brasilianische Atomvertrag, den die deutsche Presse begeistert als den „größten internationalen Technologiepakt nach dem Zweiten Weltkrieg“ zwischen zwei Ländern bezeichnete. Vorbereitet in der Regierung Brandt wurde er unter tatkräftiger Unterstützung von Franz Josef Strauß, zwischen Helmut Schmidt und dem amtierenden deutschstämmigen Diktator Ernesto Geisel abgeschlossen.

Eine besonders nützliche Quelle, um die Argumentati-

onsketten der „Freunde“ des Regimes kennenzulernen, sind die Deutsch-Brasilianischen Hefte, aus denen ich die meisten folgenden Zitate entnommen habe. Herausgegeben von der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft dokumentieren die Hefte den Originalton der etablierten, politischen Freunde der Militärs und insbesondere der davon profitierenden deutschen Unternehmen. Drei Kostproben dazu:

Gustav Stein, stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Bundestags stellt nach einem Besuch in Brasilien 1971, ein besonders durch systematische Folter und Liquidierung brasilianischer Oppositioneller gekennzeichnetes Jahr fest: „Die Bedeutung unserer sozialen Marktwirtschaft für das allgemeine Wohl der Volkswirtschaften ist kaum besser zu bestätigen als durch die Entwicklung und Fortschritte in diesem Lande.“ Als Erfolgsfaktoren fügt er hinzu, „dass die Regierung derzeit mit keinerlei Arbeitskämpfen rechnen muss“ und solange „die Wirtschaftsexpansion noch in den Anfängen steckt, sollte die Lohnpolitik die Unternehmen vor einem Kostendruck von der Lohnseite her schützen.“

Der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, Rudolf Leidig, wird in den Deutsch-Brasilianischen Heften 1974 folgendermaßen zitiert: „Ich bin überzeugt, dass Brasilien vom politischen Gesichtspunkt aus sicherlich das stabilste Land in ganz Lateinamerika ist. Die Tatsache, dass hier in Europa gelegentlich Kritik gegenüber dem System laut wird, beruht sicherlich darauf, dass man hier nicht die nötige Einsicht und Kenntnis über das Land besitzt. Ich bin der Auffassung, dass diese Stabilität mit dazu beiträgt, dem Land die unabdingbare und notwendige wirtschaftliche Basis zu verschaffen. Dies ist wohl das vordringliche und vorrangige Ziel.“ Und später fügt er hinzu: „Der Brasilianer besitzt eine andere Mentalität als der Deutsche und Europäer. Er nennt eine glückliche Mentalität sein eigen (...). Er ist nicht neidisch und mit seinem Los zufrieden (...).“

Die Wege des Erfolgs der „Revolutionsregierungen“ werden in einem anonym verfassten Artikel 1973 so beschrieben: Sie wurden „in kurzer Zeit“ erreicht „durch nüchterne und energische Maßnahmen, die zu Beginn natürlich wenig populär waren, z.B. Währungskorrekturen, Einfrieren der Löhne, (...), Erziehung des Volkes für Entwicklungsaufgaben. (...) In den großen Linien scheint es eine völlige Übereinstim-

mung der Meinungen von beiden Sektoren (Regierung und Unternehmen, LR) über die wünschenswerten Wirtschaftsziele zu geben. Die wirtschaftlichen Entscheidungen der Regierung gründen sich heute im Einklang mit dem Privatbereich auf technische Kriterien. (...) Es (ist) in Brasilien gelungen, ein Modell wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ordnung zu schaffen, das den brasilianischen Problemen angepasst ist (...) und zweifelsohne für die brasilianischen Verhältnisse und die Phase, die das Land und die Welt erleben, das beste ist.“

Diese Aussagen aus den 70er Jahren und die Analysen dazu werden von den Autoren selbst durchgehend als objektiv, wissenschaftlich, technisch und rational bezeichnet, während die Wahrnehmung der kritischen Öffentlichkeit in Deutschland eben dort als „verzerrend, emotional, und die Tatsachen nicht berücksichtigend“ beschrieben wird. Sie bilanzieren aus der Sicht deutscher Wirtschaftsinteressen eine besonders harte Periode der brasilianischen Diktatur. Die gepriesene „Stabilität“ stützt sich auf das Verbot der politischen Parteien, Intervention in die Gewerkschaften, die Einführung der Pressezensur, die Schließung des Parlaments und nicht zuletzt auf die systematischen Folterungen und Verfolgung der Opposition auf Grund der Einführung eines zum Teil durch Unternehmen finanzierten Repressionssystems wie z.B. dem Geheimdienst DOI-CODI in São Paulo. Der verminderte „Kostendruck durch die Löhne“ wurde durch die Politik der Lohnknebelung, dem *arrocho salarial*, und der völligen Ausschaltung der Gewerkschaften erreicht. Die völlige „Übereinstimmung zwischen Privatwirtschaft und Regierung“ führte zu einem gigantischen System von Steueranreizen für Privatinvestitionen, zu einem wirtschaftsfreundlichen „Investitionsklima“ und einem häufigen Wechsel von Militärs in die Vorstandsetagen der Unternehmen. Dass deutsche Lobbyist\*innen und Unternehmensvertreter\*innen damals mit Lobeshymnen aufwarteten, ist nicht verwunderlich. Besonders gemein ist es dann, wenn „der brasilianische Volkscharakter“ für die Rechtfertigung des Regimes herangezogen wird, wie etwa bei Erik von Kuehnelt-Leddihn, ein „österreichischer Gelehrter“, der im Auftrag der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft 1970 versucht, „das Brasilienbild Europas zurecht zu rücken“. Am Ende seines Artikels über „Brasilien-Klischee und Wirklichkeit“ fasst er zusammen: „Das Volk will essen, singen,



Outing-Aktion „Hier wohnt ein Folterer“. Foto: Jared Frehner

tanzen, gut verdienen und sich bei Fußballspielen unterhalten. Der politische Streit ist für kleine Minderheiten da.“

Das Kapitel der Beziehung deutscher Unternehmen und Wirtschaftskreise zum Militärregime ist im Übrigen keineswegs aufgearbeitet. Der Wahrheitskommission in São Paulo liegt eine Liste einzelner Vertreter\*innen deutscher Unternehmen vor, denen besondere Nähe zu Repressionsorganen nachgesagt wird und die Kommission wird voraussichtlich in ihrem Endbericht dazu Stellung nehmen.

Nachdem 1970 insgesamt 17 Mitglieder der katholischen Arbeiterjugend in Rio verhaftet wurden (ihnen wurde der Betrieb eines illegalen Radiosenders vorgeworfen), kam es in 60 Städten Europas – darunter zahlreiche deutsche Städte wie Köln, Düsseldorf, Bonn, Frankfurt, Berlin – zu Protestkundgebungen gegen die brasilianische Regierung. Das waren typische Solidaritätsaktionen im Deutschland der 70er Jahre. Eine zentrale Rolle spielten dabei katholische (und evangelische) Einrichtungen. Der Erzbischof von Recife, Dom Helder Camara, wichtigste Symbolfigur in Europa für den Widerstand gegen die brasilianischen Militärs, reiste mehrfach nach Deutschland und prangerte nicht nur das autoritäre Regime, sondern auch den wilden, ungerechten Kapitalismus an und trat für eine entschiedene Opposition ein. Ein Spendenaufruf für die Unterstützung Dom Hélder Câmaras trug damals auch die Unterschrift von Abgeordneten aus allen im Bundestag vertretenen Parteien, auch aus der Jungen Union und der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), dem Arbeitnehmer\*innenflügel der CDU. In einer anderen Aktion, von der katholischen Zeitschrift PUBLIK organisiert, wurden 350.000

Deutsche Mark für die Unterstützung kirchlicher Gruppen in Brasilien gesammelt, heute äquivalent mit etwa 180.000 Euro.

Der Besuch hochrangiger Vertreter\*innen der brasilianischen Diktatur wurde zwar von der deutschen Regierung freundlich empfangen, aber in der Öffentlichkeit auch von heftigen Protestaktionen begleitet, so z.B. 1970 gegen den brasilianischen Justizminister Alfredo Buzaid: jener furchtbare Jurist, der ausführlich in den Deutsch-Brasilianischen Heften über die demokratische Verfassung Brasiliens dozieren durfte. Bemerkenswert war dabei seine Definition des „subversiven Kriegs“, der auch in „einer subtilen Beeinflussung der Massenkommunikationsmittel sowie der Verbreitung von Drogen (existiert). Das Ziel dieser Art von Krieg ist es, Panik zu verbreiten, der Jugend ihren Enthusiasmus zu nehmen, die christliche Familie und die Bevölkerung mit Obszönität und Pornographie vertraut zu machen“ (Deutsch-Brasilianischen Hefte, Nr.1/74). Nachdem Buzaid zwei Strafanstalten in Nordrhein-Westfalen besucht hatte, veranlasste ihn der Enthusiasmus der gegen seinen Besuch protestierenden deutschen Jugend dazu, seinen Besuch frühzeitig abzubrechen und nach London weiter zu fliegen. Auch der von der Bundeswehr betreute Besuch einer 60-köpfigen Delegation der *Escola Superior de Guerra* (Kriegshochschule) im September 1972 wurde durch Proteste begleitet.

Das Dominikanerkloster Walberg bei Köln und die Kölner Gruppe von Amnesty International um den Volkswirt Peter Klein waren zentrale Schaltstellen der Solidaritätsbewegung mit Brasilien zu Beginn der 70er Jahre. Am 8.12.1972 fand das Brasilienstribunal mit Zeitzeugen und Verfolgten des Regimes wie Clemens Schrage statt, moderiert vom WDR-Journalisten und Monitormoderator Casdorff. Ein „Verteidiger Brasiliens“ war der Gründer der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft H. Goergen. In einem mir vorliegenden Bericht des brasilianischen Geheimdienstes SNI (der in Deutschland über die brasilianische Botschaft ab 1970 tätig war) zu dieser Veranstaltung wird unter der Rubrik „Kommunismus“ die mangelnde Objektivität deutscher Medien beklagt.

Auch die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist\*innen in der SPD (Jusos) engagierte sich in der Solidaritätsbewegung mit Brasilien, insbesondere Michael Müller, stellvertretender Jusovorsitzender, zuletzt Staatssekretär im Umweltministerium bei Sigmar Gabriel.

Militante Aktionen, wie die teilweise Besetzung der bra-

silianischen Botschaft am 16.1.1970 in Bonn, von Schüler\*innen und der Bonner Kommune I aus Roleben waren eher selten. Der Revolutionäre Kampf (RK), die Gruppe in der in den 70er Jahren Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit agierten, plante 1971 im Vorfeld des Unabhängigkeitstags am 7.09.1971 die Besetzung des brasilianischen Generalkonsulats in Frankfurt. Die Aktion wurde aus Angst um die Gefährdung von Menschen abgeblasen, man beließ es beim Sprühen eines *Abaixo a ditadura!* (Nieder mit der Diktatur!) im Vorraum des Konsulats.

Ich selbst kam, nachdem ich 1968 bei der *Sexta-Feira Sangrenta* (Blutiger Freitag) eine Schussverletzung erlitten hatte, 1969 nach Deutschland und geriet wegen verschiedener Vorträge in Deutschland gegen die Militärs ins Visier der deutschen „Freunde der Militärs“. Von Angehörigen der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft als einer der „schlechten Brasilianer“ identifiziert, die im Ausland das Image Brasiliens beschädigen und verzerren wurde ich an die brasilianische Botschaft „gemeldet“, woraufhin mir der brasilianische Pass entzogen und ich als Papierloser in die Illegalität gedrängt wurde. Zugleich aber bekam ich von der evangelischen Kirche und von Politikern, wie beispielsweise dem SPD-Abgeordneten Karl Heinz Hansen aus Düsseldorf (später in der Zeit von Helmut Schmidt aus der SPD ausgeschlossen) Unterstützung und wurde jahrelang in Deutschland geduldet.

Während in Brasilien durch die Wahrheitskommissionen die Vergangenheit aufgearbeitet wird, führte die Frage nach der Auseinandersetzung mit der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft zur *Initiative Nuncamais Brasiliertage* ([www.nuncamais.de](http://www.nuncamais.de)). Dabei geht es uns auch um die Aktualität, denn auch heute werden Menschenrechte hinter harte Wirtschaftsinteressen gestellt, Waffengeschäfte mit autoritären Regimen wie Saudi Arabien betrieben und nicht zuletzt im heute demokratischen Brasilien selbst sind die Einhaltung von Menschenrechten, die Bekämpfung von Folter und unmenschlichen Bedingungen in Gefängnissen nach wie vor aktuell. Solidarität und ein solidarisches Verhältnis zwischen Deutschland und Brasilien bleibt wichtig. ■

\* Luiz Ramalho, brasilianischer Soziologe aus Rio de Janeiro, Initiator der *Nuncamais Brasiliertage*, lebt zurzeit zwischen Deutschland und Mexiko.

**Sie** sind wütend. Sie schreien. Sie werfen mit Mehl auf die Zielpersonen, beschmieren mit Farbe die Hauswand, das Eingangstor, den Bürgersteig. „Hier wohnt ein Folterer!“

## Der lange Kampf gegen die Straflosigkeit

### In Brasilien verhindert das Amnestiegesetz von 1979 noch immer die juristische Aufarbeitung der Militärdiktatur

von Christian Russau

In Brasilien herrscht Straflosigkeit. Denn das brasilianische Amnestiegesetz vom 28. August 1979, das *Lei n° 6.683*, hat in Brasilien noch heute Gültigkeit. Es verhindert die juristische Aufarbeitung aller Straftaten der brasilianischen Militärdiktatur. Stichtag für die Amnestie ist der 15. August 1979.

Mit dieser anhaltenden Straflosigkeit wollen sich viele vor allem junge Brasilianer\*innen nicht mehr abfinden. So kam es im März 2013 in Brasilien erstmals zu einem Phänomen, das es in Lateinamerika bis dahin nur in Chile und Argentinien gab.

In Argentinien werden beim sogenannten „*escrache*“ die Wohnhäuser verantwortlicher Militärs gekennzeichnet, meist mit Farbe und Mehl – und manchmal trifft das Mehl auch einen der Folterer.

In Chile wird eine solche Aktion „*funar*“ genannt. „*Funar*“ kommt aus dem populären Slang Santiagos und bedeutet so viel wie „jemanden outen“. Dieses Outen nahmen sich Jugendliche in Brasilien im März 2013 zum Vorbild. Zuerst in São Paulo, Belo Horizonte, Belém und Porto Alegre, später auch in Rio de Janeiro, Fortaleza und weiteren Städten zogen mehrere hundert, überwiegend junge Demonstranten\*innen vor die Wohnhäuser der Folterer, um sie in deren Nachbarschaft öffentlich zu outen. Auf Trans-

parenten und Plakaten nannten sie die Täter beim Namen und beschrieben deren Verbrechen.

„In keinem zivilisierten Land dieser Welt wurden die von Staatsangehörigen begangenen Verbrechen gegen die Menschheit amnestiert oder deren Verbrechen als verjährt deklariert. Nur in Brasilien ist dies so.“ Dies sagte der Präsident der brasilianischen Anwaltskammer, *Ordem dos advogados* (OAB), aus Rio de Janeiro, Wadih Damous, wenige Tage vor den Ereignissen. Damous war außer sich. Kurz vor seiner kritischen Äußerung hatte ein Bundesrichter eine Klage gegen den Oberst der Reserve Sebastião Rodrigues Curió abgeschmettert. Dabei war in diesem Fall die Tat vom Täter gar nicht bestritten worden.

Im Gegenteil: Er redet und veröffentlicht darüber.

Sebastião Rodrigues Curió heißt eigentlich Sebastião Rodrigues de Moura, aber er ist in Brasilien mehr unter dem Namen Oberst Curió bekannt. 1972 wurde er im Auftrag des Geheimdienstes und des Militärs ins Amazonasgebiet gesandt, unter der Tarnung eines Forstingenieurs für die Agrarreformbehörde *Incra*. Sein Auftrag: die Bekämpfung der Guerilla am Fluss Araguaia. Diese Guerilla operierte zwischen 1972 und Ende 1974 im Süden des Bundesstaates Pará als militanter Arm der damals verbotenen Kommunistischen Partei von Brasilien (PcdoB). Die geschätzt 70 bis 80 Mitglieder der Guerilla am Araguaia sowie eine unbekannte Zahl von Bewohner\*innen der Region, denen

Foto: Joao Lima

Wo sind die Toten und Verschwundenen der „Araguaia Guerrilha“.



das Militär „Kollaboration mit den Subversiven“ vorgeworfen hatte, sind seither verschwunden. 2010 wurden die sterblichen Überreste von zehn „Verschwundenen“ im Gebiet des Araguaia gefunden, nachdem Militärange-

tärs gefangen genommen und in eine Kaserne verbracht, die unter der Aufsicht von Oberst Curió stand.

Seit 2012 versuchen Bundesstaatsanwält\*innen das Amnestiegesetz durch einen juristischen Schachzug auszutricksen. Sie argumentieren, da in den Fällen derjenigen, die verhaftet wurden und dann verschwanden, die Opfer nie aufgetaucht seien, halte die Entführung an. Ein fortwährendes Verbrechen könne aber bestraft werden und falle nicht unter die Bestimmungen des Amnestiegesetzes.

So kam es, dass Sebastião Rodrigues Curió im Jahre 2012 vor Gericht erscheinen musste. Die Bundesanwälte warfen ihm die Entführung der fünf Mitglieder der *Guerrilha do Araguaia* im Jahre 1974 vor. Da die sterblichen Überreste der Betroffenen nie gefunden wurden, sei die juristische Schlussfolgerung eindeutig. „Das Verbrechen der Entführung wird weiterhin begangen“, so der Bundesstaatsanwalt Sérgio Gardenghi Suiama im März 2012 bei der Einreichung der Klageschrift. Das Schicksal der Mitglieder der *Guerrilha do Araguaia* wurde nie abschließend geklärt. Deshalb sei es, so die Bundesanwält\*innen bei ihren Plädoyers, „fundamental, dass die Justiz die Fälle analysiert, die Beweiserhebung ermöglicht und die Geschichte der Opfer ans Tageslicht bringt.“

Dies sah der zuständige Richter gleichwohl anders. Es sei zu bezweifeln, dass die Verschwundenen „30 und soundsoviel Jahre später noch immer durch den Beschuldigten in Gefangenschaft gehalten würden.“ Die Logik widerspreche der in der Klageschrift dargelegten Beweisführung. Und selbst wenn man eine Entführung als gegeben annehme, so müsse angesichts der bekannten „Fakten der extremen Wahrscheinlichkeit des Todes der Verschwundenen“ davon ausgegangen werden, dass die Betroffenen bereits damals ermordet wurden. Die Tat sei somit verjährt und falle unter das Amnestiegesetz, sagte der Richter. So wurde dieser erste Strafprozess in Brasilien wegen Taten aus der Zeit der Militärdiktatur auch als erster wieder eingestellt.

Dennoch mühen sich Opfer, Angehörige, Menschenrechtsgruppen und Staatsanwält\*innen, die durch das Amnestiegesetz deklarierte Straflosigkeit zu umgehen. So klagte die brasilianische Anwaltskammer 2012 vor

## Die brasilianische Militärdiktatur

Die zivil-militärische Diktatur herrschte in Brasilien vom Tag des Putsches gegen Präsidenten João Goulart am 1. April 1964 bis zum 14. März 1985, an dem José Sarney Präsident wurde. Am 13. Dezember 1968 erließ der damalige Präsident Marschall Artur da Costa e Silva den berüchtigten Institutionellen Akt Nr.5: Dieses in Brasilien als AI-5 bekannte Dekret gab ihm die Befugnis, die Arbeit des Parlaments zu unterbinden, Politiker\*innen ihres Amtes zu entheben und die Repression zu verschärfen. In Anlehnung an den Spielfilm „Die bleierne Zeit“ (1981) der deutschen Regisseurin Margarethe von Trotta wird in Brasilien der Zeitraum vom Erlass des AI-5 bis zum Amtsende des Präsidenten General Emílio Garrastazu Médici am 15. März 1974 die „Bleierne Jahre“ genannt.

Laut neuesten Untersuchungen des Instituts für Studien zur staatlichen Gewalt (*Instituto de Estudos da Violência de Estado*) wurden während der brasilianischen Militärdiktatur von den Repressionsorganen 475 Menschen ermordet oder sind seither verschwunden, 24.560 Personen wurden verfolgt. Die dem Justizministerium unterstellte Amnestiekommission zur Anerkennung politischer Verfolgung zur Zeit der Militärdiktatur zählte 2008 über 70.000 Anträge auf staatliche Anerkennung der politischen Verfolgung und entsprechende Entschädigungszahlungen.

hörige gegenüber der Presse über mögliche Fundstellen der verscharrten Opfer ausgesagt hatten. Zu diesen freiwilligen Aussagen zählt die von Oberst Curió.

Dieser hatte 2009 der Tageszeitung *O Estado de São Paulo* sein Privatarchiv geöffnet und erklärt, er habe entgegen den zuvor über seine Person kolportierten Zahlen von 25 exekutierten Guerilleros, 41 Exekutionen vollzogen. Persönlich oder unter seiner Aufsicht.

2012 wurde gegen ihn Anklage erhoben, aber nicht wegen der Exekutionen. In der Strafsache gegen Oberst Sebastião Rodrigues Curió ging es allein um das Verschwinden der Guerilleros und Guerilleras Hélio Luiz Navarro Magalhães, Daniel Ribeiro Callado, Maria Célia Corrêa, Antônio de Pádua Costa und Telma Regina Cordeira Corrêa, die Ende 1974 im Gebiet des Araguaia aktiv waren. Ihr Verbleib konnte nie geklärt werden. Sie wurden zwischen Januar und September 1974 von Mili-

dem Obersten Gerichtshof Brasiliens letztinstanzlich. Es ging um die Frage, ob das Amnestiegesetz verfassungskonform sei. Bereits zwei Jahre zuvor hatte der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof Brasilien verurteilt und aufgefordert, den Verbleib von mindestens 62 Ermordeten oder Verschwundenen der *Araguaia-Guerilla* aufzuklären und das Amnestiegesetz endlich zu kippen. Zur Zeit laufen noch weitere Prozesse von Bundesanwält\*innen unter dem Rechtskonstrukt, nach dem die Straftat der Entführung anhält und die Verantwortlichen von damals juristisch zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Presseberichten zufolge planen Bundesanwälte weitere Klagen gegen Ex-Militärs wegen mindestens 24 Fällen von während der Zeit der Militärdiktatur „Verschwundenen“.

In einem dieser Prozesse wird neben zwei weiteren Tätern Coronel Carlos Alberto Brilhante Ustra als Beklagter benannt. 2008 hatte eine Familie aus São Paulo gegen Ustra geklagt. Strafrechtlich konnten sie ihm wegen des bestehenden Amnestiegesetzes nichts anhaben. Aber die Familie Teles kam auf die Idee, es mit dem Zivilrecht zu versuchen. So reichten die fünf Familienmitglieder vor Gericht eine Zivilklage gegen Ustra ein. Es ging dabei um das Recht der Mitglieder der Familie, Carlos Alberto Brilhante Ustra öffentlich als Folterer bezeichnen zu dürfen.

Ustra war in den 1970er Jahren Chef des berühmten Folterzentrums DOI-CODI in São Paulo. 1972 hatte er dort Maria Amélia de Almeida Teles und ihren Mann, César Augusto Teles, gefoltert. Die Schwester Amélias, Criméia Schmidt de Almeida, und die beiden kleinen Kinder des Ehepaars, vier und fünf Jahre alt, wurden auch dorthin verbracht. Criméia de Almeida, die damals im siebten Monat schwanger war, wurde ebenfalls gefoltert. Den Kindern wurden die Eltern gezeigt, die wegen der erlittenen Folter laut Aussage der Kinder nicht wiederzuerkennen waren, so die Aussage des Sohnes, Edson Teles. Der ebenfalls verhaftete Carlos Nicolau Danielli, damals führendes Mitglied der verbotenen PCdoB, wurde im DOI-CODI zu Tode gefoltert.

2008 kam es zur Urteilsfällung in erster Instanz. Die Familie Teles darf seither Carlos Alberto Brilhante Ustra öffentlich einen Folterer nennen. Im August 2012 bestätigte der Justizgerichtshof von São Paulo das Urteil letztinstanzlich. Nach Ansicht der zuständigen Richter\*innen verhindere das brasilianische Amnestiegesetz zwar die strafrechtliche Verurteilung der Taten aus der Zeit der Militärdiktatur, was aber

zivilrechtlich keine Rolle spiele. Zudem erklärte der zuständige Richter, Verbrechen wie Folter verjährten in Brasilien, anders als Mord, nicht, weshalb das Urteil von 2008 rechtens sei.

Nach Bekanntwerden der Klage gegen Oberst Curió wegen des anhaltenden Straftatbestands der Entführung reichten Bundesanwälte eine gleichlautende Klage gegen Ustra ein. Denn unter Ustras Obhut als Chef des DOI-CODI in São Paulo verschwand 1971 der politische Gefangene Edgar de Aquino Duarte. Auch sein Leichnam wurde bis heute nicht gefunden. Zu den ersten Anhörungsterminen erschien der Beklagte nicht, die ersten Zeugenaussagen wurden aufgenommen. Der nächste Prozesstermin findet Mitte März 2014 in São Paulo statt. Ob die Argumentation des anhaltenden Verbrechens der Entführung vor Gericht Bestand haben wird, ist zweifelhaft.

Um diesem Stillstand bei der Aufarbeitung der Militärdiktatur etwas entgegenzusetzen, wurde am 16. Mai 2012 im Auftrag der Präsidentin Dilma Rousseff eine Nationale Wahrheitskommission eingesetzt. Diese soll die Geschichte von Repression, Folter und Unterdrückung, insbesondere in den *anos de chumbo*, den „Bleiern Jahren“, untersuchen. Mit sieben Mitgliedern werden in 13 Arbeitsgruppen Themen wie die Operation Cóndor, Repression gegen Gewerkschaften, Menschenrechtsverletzungen auf dem Land und gegen Indigene oder Diktatur und Gender bearbeitet. Infolgedessen sind bislang 77 weitere Wahrheitskommissionen auf kommunaler, kommunaler und universitärer Ebene eingerichtet worden, und in den nächsten Monaten sollen weitere folgen. Auch die Universität von São Paulo USP hat eine eigene Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Vergangenheit gebildet. Die Wahrheitskommissionen sind unbestritten Teil eines langjährigen Kampfes um die Aufarbeitung der Geschichte in Brasilien – aber sie sind ein Kompromiss. Denn solange das Amnestiegesetz gültig bleibt, verhindert es die strafrechtliche Aufarbeitung der Taten der Militärdiktatur. ■

\* Christian Russau ist Autor und Journalist und schreibt u.a. für die Lateinamerikanachrichten in Berlin.



**I**m Jahr 2014 jährt sich der Militärputsch von 1964 zum fünfzigsten Mal, im gleichen Jahr – voraussichtlich Dezember – wird die Nationale Wahrheitskommission ihren Abschlussbericht vorlegen. Dann wird sie gerade einmal zwei Jahre Zeit gehabt haben, um die Menschenrechtsverbrechen der Diktatur systematisch aufzuklären, den Abschlussbericht zu verfassen und Empfehlungen auszusprechen. Der Errichtung der Nationalen Wahrheitskommission gingen zähe Verhandlungen voraus. Nur durch geschickte monatelange Lobbyarbeit und eine Verabschiedung im Eilverfahren gelang es der Regierung Dilma Rousseff im September 2011 eine Mehrheit für das Vorhaben zu erzielen. Menschenrechtsaktivist\*innen und Opfer der Militärdiktatur kritisieren die Nationale Wahrheitskommission als unzureichende Kompromisslösung und unterstützen sie – wie dieser Beitrag zeigt – dennoch, um das Beste aus ihr zu machen.

## Die Nationale Wahrheitskommission. Historischer Wendepunkt oder Farce?

von Nina Schneider

### Eine schwere Geburt

Während es in den meisten post-autoritären Staaten Lateinamerikas Wahrheitskommissionen gegeben hat, führte in Brasilien allein der Vorschlag zu einem Regierungsekret. Am 21. Dezember 2009 unterzeichnete der damals amtierende Präsident Luiz Inácio Lula da Silva das Dritte nationale Menschenrechtsprogramm PNDH-3.<sup>1</sup> Dieses Programm wurde von seinem Menschenrechtsminister Paulo Vannuchi entwickelt und enthält 521 Vorschläge, wie die Menschenrechtssituation in Brasilien verbessert werden könne. Den Kernpunkt bildet der Vorschlag, eine Wahrheitskommission zu gründen, um die Menschenrechtsverbrechen des Militärregimes aufzuklären. Als Reaktion auf Lulas Zustimmung zum Programm reichten der damalige Verteidigungsminister Nelson Jobim und die Oberbefehlshaber von Armee, Marine und Luftwaffe ihre Entlassungsgesuche ein, um so eine Modifizierung des PNDH-3 zu erpressen. Lula fügte sich dem Druck des Militärs und änderte den Gesetzestext per Dekret.

Noch bevor die Wahrheitskommission im Kongress

diskutiert werden konnte, wurde sie bereits politisch entschärft. Während im Originalvorschlag von Menschenrechtsverletzungen „im Kontext von politischer Repression“ die Rede war, ersetzte das Dekret diesen Passus durch den Ausdruck „in einem Kontext des politischen Konflikts“. Damit blieb unklar, ob es sich um die Menschenrechtsverbrechen der staatlichen Repressionsorgane handelt oder um die der militanten Opposition. Im Klartext bedeutete diese unscheinbare Veränderung, dass der brasilianische Staat noch immer nicht explizit anerkennen wollte, dass er zwischen 1964 und 1985 eine Politik der systematischen Repression betrieben hatte.

Die Einflussnahme der Militärs, die zur signifikanten Überarbeitung des PNDH-3 führte, ist besonders heikel, wenn man die demokratische Entstehungsgeschichte des PNDH-3 betrachtet. Das Originalprogramm war das Resultat eines mehrjährigen Verhandlungsprozesses, an dem nicht nur Regierungsmitglieder, sondern auch zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt waren. Das Grundgerüst des Menschenrechtsprogramms wurde auf der Bundeskonferenz für Menschenrechte 2008 festgelegt. Ihren demokratischen Charakter lobte Lula eigens im Vorwort des Originaltexts. Nichtsdestotrotz genügten die angedrohten Rücktritte und die jahrelange „demokratische Gemeinschaftsarbeit“ wurde im Handumdrehen zweitrangig.

### Keine Wende mit dem Aufstieg der Arbeiterpartei

Das Einknicken Lulas überraschte und enttäuschte viele Opferfamilien und Überlebende der Militärdiktatur. Hofften sie doch auf einen radikalen Bruch mit dem Erbe des autoritären Regimes nach einem Wahlsieg Lulas und seiner Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores*, PT), zumal Lula in den späten 1970ern und frühen 1980ern im Ballungszentrum São Paulos zur Führungsfigur der Gewerkschaften avancierte und einer der prominentesten Gegner des Regimes war. Viele seiner Regierungsmitglieder waren ehemalige Guerillakämpfer\*innen oder Mitglieder der regimekritischen Studierendenbewegung; 49 Prozent von Lulas Minister\*innen sind im politischen Untergrund aktiv gewesen.<sup>2</sup> Zwei Dutzend *oral history interviews* mit ehemaligen Überlebenden, Angehörigen von Todesopfern und mit Staatsbediensteten im August 2012 ergaben, dass die meisten Befragten vom Umgang der Arbeiterpartei mit der Diktatur stark enttäuscht waren.<sup>3</sup> Kein einziger de-

mokratischer Präsident hat sich bereit erklärt, die Opferfamilien offiziell im Präsidentenpalast zu empfangen, nicht einmal die heutige brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff. Sie genoss zwar bei den meisten Befragten einen gewissen Respekt, da sie selbst Opfer von Folter wurde, aber die Enttäuschung überwog. Die Kritik der Opfer richtete sich gegen den veränderten Gesetzestext, das bewusste Abwürgen einer Diskussion über die Details der Wahrheitskommission mittels Eilabstimmung und die fehlende Möglichkeit, Verbrecher\*innen zu verurteilen. Maria Amélia Teles, genannt Amelinha, von der Kommission der Familien der Getöteten politischen Aktivisten (CEMDP) stellt ernüchtert fest: „Brasilien ist das letzte Land, welches eine Wahrheitskommission einrichtet und leider ist es die Schlechteste von allen“.<sup>4</sup>

### Die Wahrheitskommission des Staates São Paulo

Dennoch unterstützt Amelinha die Wahrheitskommission auf ihre Weise – sie wurde Assistentin der lokalen Wahrheitskommission des Staates São Paulo (*Comissão Estadual de Verdade de São Paulo*), die nach dem ermordeten Parlamentsabgeordneten Rubens Paiva benannt wurde. Paivas Todesumstände wurden erst kürzlich von der Nationalen Wahrheitskommission aufgeklärt, und es ist naheliegend, dass Paiva einer der emblematischen Fälle im Abschlussbericht wird. Die lokale Wahrheitskommission des Staates São Paulo (hiernach CEV-SP) ist eine von Dutzenden lokalen Wahrheitskommissionen, die im ganzen Land gegründet wurden. Die lokalen, überwiegend zivilgesellschaftlichen Wahrheitskommissionen verfassen parallel zur Arbeit der Nationalen Wahrheitskommission in Brasília eigene Berichte, welche an die Nationale Wahrheitskommission weitergeleitet werden. Die brasilianische Wahrheitskommission hat somit eine einzigartige Netzwerkstruktur, die eine breite Beteiligung der Zivilbevölkerung ermöglicht

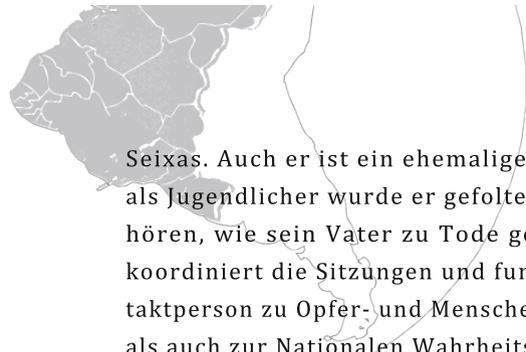


Ausstellung „Recht auf Wahrheit“ im Historischen Gebäude der Bundesstaatlichen Universität von Paraná.

Foto: Rodrigo Juste Duarte

und anscheinend gezielt fördert, trotz Spannungen zwischen der Nationalen Wahrheitskommission und einigen lokalen Kommissionen. Zumindest einige Mitglieder der Nationalen Wahrheitskommission reisen zu den lokalen Gruppen, bieten logistische Unterstützung und nehmen Empfehlungen entgegen.

Die CEV-SP ist wahrscheinlich die Bedeutendste der lokalen Wahrheitskommissionen. Geleitet vom Abgeordneten des Staates São Paulo Adriano Diogo von der Arbeiterpartei und unterstützt von einem aktiven, engagierten Team von Assistenten, organisiert die Kommission Rubens Paiva zahlreiche öffentliche Anhörungen. Sie sind zumeist thematisch und verlaufen nach einem bewährten Schema. Bei Sitzungen zu Todesopfern der Diktatur tragen zunächst die Assessoren die Biographie des Opfers vor: wer war die Person, wo wurde sie geboren, wie kämpfte sie gegen die Diktatur und was ist über ihre Todesumstände bekannt oder häufig auch unbekannt. Dann bekommen die Angehörigen das Wort. Anschließend, manchmal auch zwischendurch, hakt der Präsident der Kommission bei Unklarheiten nach. Diogo, Jurist und selbst Opfer der Diktatur, begegnet den Angehörigen mit Respekt und psychologischem Fingerspitzengefühl, und fragt zugleich gezielt nach, wenn der/die Zeug\*in wichtige Hinweise geben könnte. Neben Diogo und Amelinha Teles gibt es noch den Koordinator Ivan



Seixas. Auch er ist ein ehemaliges Opfer der Diktatur: als Jugendlicher wurde er gefoltert und musste mitanhören, wie sein Vater zu Tode gequält wurde. Seixas koordiniert die Sitzungen und fungiert sowohl als Kontaktperson zu Opfer- und Menschenrechtsaktivist\*innen als auch zur Nationalen Wahrheitskommission.

Oftmals werden Überlebende geladen, die selbst über ihre Erfahrung berichten. Die erlittene, zum Teil brutale Gewalt und die Ungerechtigkeiten lassen sich nur schwer in Worte fassen. Eine Angehörige von Olavo Hansen, Mitglied der Revolutionären Troztkistischen Arbeiterpartei (*Partido Operário Revolucionário Troztkista*, PORT), der 1970 zu Tode gefoltert wurde, beschreibt die hoffnungslose Suche nach dem Verschwundenen. Die Familie lief von einer Behörde zur anderen, nie erhielt sie eine Antwort. „Nie werde ich vergessen“, sagte die Zeugin, „wie das gesamte Haar von Olavos Mutter an einem einzigen Tag schlagartig ergraut ist“, und fängt an zu schluchzen.

Die Wahrheitskommission des Staates São Paulo ist mehr ein „Vorzeigemodell“ als der Normalfall. Entgegen der Nationalen Wahrheitskommission hat sie klare Prinzipien: Respekt vor den Opfern und ihren Angehörigen; Stimme geben und nicht nehmen; sowie Transparenz: alle Sitzungen sind öffentlich, die Videoaufnahmen sind im Internet frei zugänglich und werden transkribiert. Genau die Themen Transparenz und ein respektvoller Umgang mit den Opfern sind Hauptkritikpunkte an der Nationalen Wahrheitskommission. Zu oft haben die Vorsitzenden der Kommission den Opfern und Menschenrechtsvertreter\*innen das Wort unterbunden und Informationen vorenthalten. Gerüchten zufolge ist die Nationale Wahrheitskommission durch politische Interessen geschwächt. Scheinbar gibt es geheime Anweisungen, dass besonders heikle Themen, wie etwa die Verstrickungen zahlreicher Wirtschaftsunternehmen mit dem Repressionsapparat, nicht ernsthaft aufgeklärt werden dürfen.

### **Neueste Entwicklungen – Die Wahrheitskommission und die Zivilgesellschaft**

Viele Überlebende und Menschenrechtsaktivist\*innen befürchten, dass sich die Nationale Wahrheitskommission nur als Pro-forma-Instrument entpuppt, welches primär internationale Menschenrechtsforderungen symbolisch befriedigen soll. Ob es zu einem tatsächlichen normativen Bruch mit den Werten der Diktatur kommt, Menschenrechtsverbrechen klar benannt und ehemalige

Opfer rehabilitiert werden, anstatt als „Terroristen“, „Kommunisten“ und „Subversive“ gebrandmarkt zu werden, bleibt abzuwarten. Trotz berechtigter Kritik an der Konstituierung und am Verfahren wäre ein abschließendes Urteil derzeit verfrüht. Zudem darf man von den Mitgliedern der Nationalen Wahrheitskommission keine Wunder erwarten; ihr politischer Spielraum sowie die zeitlichen und personellen Ressourcen sind begrenzt.

Zweifelsohne durchlebt Brasilien seit Mitte 2012 eine politische Aufbruchstimmung. Neue Akteur\*innen sind auf die gesellschaftspolitische Bühne getreten, die brasilianische Zivilgesellschaft hat neue Institutionen geschaffen und innerhalb des Staatsapparates gibt es zahlreiche Akteur\*innen, die eine klare politische Wende hin zu einer neuen Demokratie unterstützen. Es formiert sich eine neue brasilianische Jugendbewegung, die sogenannte Volksbewegung (*Levante Popular*), die nicht nur Diskussionen und Kundgebungen organisiert, sondern auch ehemalige Folterer bloßstellt (siehe Christian Russau in diesem Heft). Bei weitem die wichtigste Entwicklung sind jedoch die vielen lokalen Wahrheitskommissionen wie die CEV-SP, die das lange verdrängte und tabuisierte Thema in die Öffentlichkeit tragen.

Auch wenn sich die Nationale Wahrheitskommission um einen konstruktiven Dialog mit den größtenteils von Opfergruppen getragenen lokalen Kommissionen bemüht, so waren auf den öffentlichen Treffen zwischen den Opfern und Vertreter\*innen der Wahrheitskommission doch große Spannungen zu vernehmen. Viele Opfer sind nach wie vor enttäuscht über den Kompromiss und beäugen die Wahrheitskommission misstrauisch. Ihrer Meinung nach hat der Staat jahrzehntelang zu wenig politischen Willen gezeigt, um sich ihrer Sache anzunehmen; wieso sollte es jetzt anders sein? Sie haben gelernt, dem Staat zu misstrauen und betrachten die Wahrheitskommission letztlich als ein weisungsgebundenes Staatsorgan. Der größte Kritikpunkt bleibt jedoch der Umstand, dass die Wahrheitskommission keinerlei Möglichkeit hat, Verbrecher\*innen zu verurteilen. Die Amnestie von 1979 gilt weiterhin und laut Gesetz liegt die Bestrafung der Täter\*innen außerhalb des Mandates der Wahrheitskommission.

### **Wandel durch die Wahrheitskommission?**

Im Dezember 2014 wird die Wahrheitskommission einen Abschlussbericht vorlegen und Empfehlungen aussprechen. Ob ehemalige Opfer von Menschenrechtsver-

brechen in diesem Bericht klar rehabilitiert werden, ganz gleich ob sie Kommunist\*innen oder Sozialist\*innen waren, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlich bedarf die Eingliederung von „politisch Unliebsamen“ eines Generationenwechsels. Langfristig ist ein normativer und gesellschaftspolitischer Wandel zu erwarten, da junge Brasilianer\*innen tendenziell eine kritischere Haltung zur Diktatur haben. Die aktuelle Frage ist vielmehr: wird es ein moderater Wandel sein oder gibt es endlich den vielfach erhofften Ruck? Spannend bleibt auch die Frage, wie die lokalen Berichte ausfallen und ob sie Eingang in den Schlussbericht der Nationalen Wahrheitskommission finden werden. Die Anzeichen für einen markanten Wendepunkt sind gering. Aber – so paradox es klingt – auch eine Vergangenheit, die nicht vergehen will, hat ihre ‚guten Seiten‘. Gerade die Gespenster der Vergangenheit, die nicht gehen wollen (die sogenannte *haunting past*), führen dazu, dass sich die Gesellschaft immer wieder mit dem vergangenen Unrecht auseinandersetzen muss.<sup>5</sup> In Gesellschaften, wo die „Aufarbeitung“ offiziell als „erledigt“ angesehen wird, setzt hingegen das „Ver-gessen“ ein. Dennoch ist zu hoffen, dass sich alle Kommissionsmitglieder darauf einigen können, ein Ende der Straflosigkeit zu empfehlen. Ob die Regierung den Vorschlag dann letztlich umsetzt, ist dann die nächste Frage. ■

\* Nina Schneider, arbeitet am Zukunftskolleg der Universität Konstanz zu Brasiliens Umgang mit der Militärvergangenheit. Von ihr sind mehrere Fachartikel zum Thema erschienen.

- 1 Online abrufbar unter: <http://portal.mj.gov.br/sedh/pndh3/pndh3.pdf>
- 2 Araújo, Maria Celina de, Os ministros da nova república: notas para entender a democratização do poder executivo. Online abrufbar unter: <http://cpdoc.fgv.br/artigos/>
- 3 Die Autorin führte im Rahmen eigener Forschungen von 2012-2013 mehr als zwei Dutzend Interviews in Brasília, Rio de Janeiro und São Paulo.
- 4 Schneider, Nina: Brasilianische Wahrheitskommission nach zahlreichen Kompromissen endlich ratifiziert, Zeitschrift für Menschenrechte/Journal for Human Rights - ZFMR (2011), vol. 5, no. 2, S. 82.
- 5 Siehe hierzu die hervorragende Studie von Berber Bervenage, History, Memory, and State-Sponsored Violence. Time and Justice (New York/London: Routledge, 2012).

*Nachdem alle Versuche, die 1979 mit dem Amnestiegesetz erlassene Selbstamnestierung der Militärs aufzuheben oder zumindest zu relativieren, am massiven Druck aus Militärkreisen gescheitert waren, verabschiedete der brasilianische Kongress ein Gesetz, mit dem im Mai 2012 die Nationale Wahrheitskommission (CNV) eingerichtet wurde. Sie hat die Aufgabe, die zwischen 1946 und 1988 begangenen Menschenrechtsverletzungen aufzuklären. Die CNV hat weder das Recht, zu bestrafen noch Bestrafung zu empfehlen. Maria Rita Kehl ist eines der von Präsidentin Dilma Rousseff ernannten Kommissionsmitglieder.*

## Interview mit Maria Rita Kehl, Mitglied der Nationalen Wahrheitskommission

von Lutz Taufer

**Sie wurden von Präsidentin Dilma Rousseff als eines der sieben Mitglieder der Nationalen Wahrheitskommission (CNV) ernannt, die 2012 eingerichtet wurde. Welches ist das Mandat?**

Unser Mandat ist nicht auf die Zeit der Diktatur zwischen 1964 und 1988 begrenzt. Es beginnt mit 1946, das Jahr der „Redemokratisierung“ Brasiliens nach dem Autoritarismus des Präsidenten Dutra, nach der Vargas-Diktatur. Unsere Arbeitsperiode reicht von einer Verfassungsgebenden Versammlung zur nächsten – von 1946 bis 1988. Ursprünglich war eine Frist für zwei Jahre, von Mai 2012 bis Mai 2014 vorgegeben. Als wir 2013 zwei Jahre hinter uns hatten, baten wir die Präsidentin um eine Verlängerung bis 2014, wofür sie im Kongress im Januar 2014 die Zustimmung erhielt. Für die Vorlage des Abschlussberichts haben wir also Zeit bis November.

**Wieso haben Sie, eine Psychoanalytikerin, die Bücher über Depressionen schreibt, diese Aufgabe übernommen?**

Eben diese Frage habe ich der Präsidentin gestellt, als sie uns einzeln in den Regierungssitz *Palácio do Planalto* einlud, um mit uns zu sprechen. Ich fragte sie: „Warum ich? Die anderen sind schließlich alle Rechtsanwälte oder historische Figuren im Kampf um die Menschenrechte wie zum Beispiel Paulo Sérgio Pinhei-



Maria Rita Kehl ist eines der 7 Mitglieder der Nationalen Wahrheitskommission.  
Foto: Damião A. Francisco

**verantwortlich für die Gruppe „Landbevölkerung und Indigene“. Wie war die Situation dieser Gruppen während der Diktatur?**

Alle fragen mich, warum Landbevölkerung und Indigene Teil der Untersuchung sind, aber das war eine Entscheidung der Präsidentin und des Nationalkongresses, die das Gesetz über die Nationale Wahrheitskommission verabschiedet haben. Bis jetzt hat meine Untersuchung zu zwei wichtigen Erkenntnissen geführt: Erstens waren die Dimensionen der Menschenrechtsverletzungen von Indios und der Landbevölkerung während der Diktatur mit denen der Demokratie fast identisch, denn die Inbesitznahme von Land erfolgt in Brasilien immer unter Gewaltanwendung seitens der Grundbesitzer und Grundbuchfälscher gegen Indios und Bauern. Und zwar mit systematischer Unterstützung des Staats für die, die wirtschaftlich mächtig sind. Zweitens: Bei Indios und Bauern handelt es sich um die Gruppe mit der höchsten Opferzahl und der niedrigsten Aufklärungsquote bei den Verbrechen.

**Eine der Arbeitsgruppen, für die Sie mitverantwortliche sind, ist die AG Araguaia. Warum?**

Was die Guerilla von Araguaia betrifft, hat hier die Repression in der Militärperiode am härtesten zugeschlagen, was zur höchsten Zahl von verschwundenen Menschen geführt hat. Alle Guerilleros, die in Gefangenschaft gerieten, wurden exekutiert, ihre sterblichen

Überreste sind bis heute nicht gefunden, mit zwei Ausnahmen: Maria Petit und Bergson Gurjão Farias, die von der Angehörigenkommission unter der Regierung Fernando Henrique Cardoso entdeckt wurden. Die Situation war so gravierend, die von den brasilianischen Streitkräften begangenen Menschenrechtsverletzungen waren so skandalös, dass dies trotz des Amnestiegesetzes von 1979 zu einer Verurteilung von Militärs führte. Der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof verurteilte den Major Lício Maciel und den Obersten Sebastião Moura (Curió) wegen fortgesetzter Entführung, eine Verbrechen, das auch vom Amnestiegesetz nicht entschuldigt werden kann. Die Leichen wurden nicht gefunden, folglich könnten sich die Entführten noch immer in der Gewalt ihrer Entführer befinden. Trotzdem haben diese keine Aussagen darüber gemacht, was sie mit den Körpern gemacht haben.

**Die CNV besteht aus neun Arbeitsgruppen.**

**Sie sind ver-**

antwortlich für die Gruppe „Landbevölkerung und Indigene“. Wie war die Situation dieser Gruppen während der Diktatur?

**Im vergangenen Jahr wurde vor dem Obersten Gerichtshof der Fall der *mensaleiros*<sup>1</sup> verhandelt. Alle Verhandlungen wurden live im Fernsehen übertragen. Warum werden die Anhörungen der CNV nicht ebenfalls im Fernsehen übertragen?**

Das weiß ich nicht genau. *TV Brasil* ist bei den öffentlichen Anhörungen dabei, aber ich weiß nicht, ob man in den wenigen Fällen der Vorladung von pensionierten Militärs aus der Diktatur von 1964 – 1985, übereinkam, die Übertragung zu unterlassen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die Wahrheit zu sagen. Ich selbst habe noch keine Anhörung meiner Forschungsgruppe organisiert, vielleicht wäre es besser, diese Frage an Pedro Dallari zu richten, unserem gegenwärtigen Leiter.

**Seit Beginn der Arbeit der CNV haben sich mehr als 100 Wahrheitskommissionen und 150 so genannte „Komitees der Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit“ auf bundesstaatlicher und städtischer Ebene sowie an Universitäten gebildet. Teilweise wurden Partnerschaften mit der CNV geschlossen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?**

Diese große Zunahme der staatlichen und städtischen Wahrheitskommissionen ist ein ganz wichtiger Aspekt, denn wir Sechs – wir waren mal Sieben, aber Minister Gilson Dipp erkrankte, ist zurückgetreten und wurde nie ersetzt, ich weiß nicht warum – könnten niemals alle Menschenrechtsverletzungen aufklären, die auf einem Territorium von der Größe Brasiliens begangen wurden. Die staatlichen und städtischen Wahrheitskommission-

en helfen uns sehr, zum Beispiel beim Organisieren öffentlicher Anhörungen. Aber sie haben weder die Vollmachten, Anhörungen von Tätern einzuberufen, noch dürfen sie die Öffnung von Archiven anordnen. Wir haben diese konstitutionelle Vollmacht, die uns von der Präsidentin der Republik erteilt wurde, aber selbst damit erreichen wir nicht viel. Die Militärs behaupten immer dasselbe: dass die Archive vernichtet wurden.

**Im Juni vergangenen Jahres sind Millionen Brasilianer\*innen auf die Straße gegangen. „Brasilien gehört uns“ war eine ihrer Parolen. Sie sehen sich von den Parteien nicht mehr repräsentiert. Sie haben auf ihren Demonstrationen die Brutalität und Gewalttätigkeit einer Polizei erlebt, die noch immer eine Verlängerung der Militärdiktatur in die demokratische Gesellschaft hinein ist. Können diese Menschen ihre Anliegen in der CNV repräsentiert fühlen? Sehen sich die Wahrheitskommissionen mit diesem zivilgesellschaftlichen Aufbruch unterstützt?**

Ich glaube nicht, dass die Gruppen, die die Proteste im Juni 2013 organisiert haben, sich einen Kopf machen, ob sie uns unterstützen oder verurteilen. Die Gesellschaft hat eine ambivalente Haltung gegenüber der CNV: Die Mehrheit unterstützt unsere Arbeit, glaubt aber nicht, dass wir etwas Neues enthüllen werden. Es gibt aber, vor allem bei den pensionierten Militärs und rechtsextremen Gruppen, ein Klima unterschwelliger Drohung, nichts was uns erschreckt, bis jetzt jedenfalls. Und es gibt böswillige Kritik. Zum Beispiel wird gesagt, unsere Arbeit sei nicht legitim, weil wir nicht „beide Seiten“ untersuchen. Nun, die Seite der Opfer der Linken, die unendlich viel kleiner ist als die der Opfer des Staates, wurde schon untersucht, bekannt gemacht und unter Gewaltanwendung bestraft. Unser Auftrag ist es, die Opfer des Staates zu untersuchen. Denn der Staat ist es, der die Achtung der Menschenrechte in einer Gesellschaft garantieren muss.

**Bei unserem Treffen auf der Frankfurter Buchmesse im vergangenen Jahr haben Sie von den sogenannten Chacinas, den Massakern der Militärpolizei berichtet. Diese Chacinas werden bis heute verübt,**

**so etwa in einer Favela von Rio während der Proteste. Nach jüngsten Untersuchungen der Universidade Federal do Rio de Janeiro tötet die brasilianische Polizei täglich fünf Bürger. Das sind fast vier Mal soviel Ermordete pro Jahr als in den gesamten 21 Jahren der Diktatur. Können Sie sich vorstellen, dass das PEC 51<sup>2</sup> des PT-Senators Lindberg Farias zu einer Entmilitarisierung der Polizei irgendwann Erfolg haben wird?**

Ich kenne dieses PEC zwar, hatte aber noch keine Zeit, den Vorschlag von Lindbergh genauer zu prüfen. Ich kann nur sagen, dass Brasilien das einzige Land ist unter den lateinamerikanischen Ländern, in denen es eine Diktatur gab, das die Folterer nicht bestraft und weiterhin eine Militärpolizei unterhält. Und „zufällig“ ist es das einzige Land, dessen Polizei in der Demokratie mehr Leute tötet als während der gesamten Diktatur. Nur dass sie jetzt Schwarze, Arme und *Favelados* umbringt und das wird weniger skandalisiert als damals das Ermorden von Studierenden, obwohl alle Menschenleben denselben Wert haben. Der Staat hat die Aufgabe, alle gleichermaßen zu schützen.

**In Ihrer Rezension des Buchs von Bernardo Kucinski „K. oder die verschwundene Tochter“ sagen Sie über die CNV, sie sei zurückhaltend. Warum? Was werden die Resultate sein? Wird die CNV auch Empfehlungen abgeben?**

Für den Bericht der Wahrheitskommission ist ein Kapitel „Empfehlungen“ vorgesehen. Das ist vielleicht

Al 5 - „Folter, Mord, Exil“/ Ausstellung „Recht auf Wahrheit“ im Historischen Gebäude der Bundesstaatlichen – Universität von Paraná. Foto: Rodrigo Juste Duarte



die wichtigste Möglichkeit für uns, ausgehend von den Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit, zu den heutigen Menschenrechtsverletzungen die Stimme zu erheben. Sicher, wir haben nicht die Möglichkeit, das Gesetz zu ändern, das die Mörder und Folterer amnestiert hat, alles staatliche Bedienstete, die für die Bewahrung der Integrität der Gefangenen verantwortlich waren. Wir können aber die Revision des Amnestiegesetzes in unsere Empfehlungen hereinnehmen. Ich habe aber den Eindruck, dass es unter uns Sechsen hierzu keinen Konsens gibt. Bald wissen wir mehr.

**Der westdeutsche Bundespräsident Lübke war das erste ausländische Staatsoberhaupt, das die Diktatur mit einem Staatsbesuch international aufwertete, fünf Wochen nach dem Putsch. 1975 wurde der deutsch-brasilianische Atomvertrag abgeschlossen. 1976 durfte die deutsche Waffenfabrik Heckler & Koch eine Lizenz zur Produktion des G3-Gewehres an die Diktatur vergeben. Die UN betrachtet Komplizenschaft mit menschenrechtsverletzenden Regimen, etwa durch Waffenlieferungen, als Straftat. Welche Bedeutung hatten diese deutschen Beihilfen zu den gravierenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Diktatur?**

Tut mir leid, dass ich auf diese Frage keine Antwort geben kann. Das ist was für jemanden vom Kaliber des Historikers Elio Gaspari. Selbstverständlich erinnere ich mich an den brasilianisch-deutschen Atomvertrag, aber dieses Thema liegt weit ab von meiner Untersuchung. Ich hoffe, es findet sich ein Kollege, der sich der Frage annehmen kann.

**Maria Rita, ich danke Ihnen für das Gespräch. ■**

\* Lutz Taufer war zwölf Jahre für den Weltfriedensdienst in Brasilien und ist im Vorbereitungskomitee der *Nuncamais Brasilientage* in Berlin tätig.

1 Mensaleiros – großer Korruptionsskandal. Die Anklage richtete sich gegen PT-Politiker\*innen aus der ersten Reihe sowie andere Prominente. Die Urteile, die oft zu Haftstrafen geführt haben, sind heftig umstritten.

2 Vorschlag für eine Änderung der Verfassung, nachdem der UN-Menschenrechtsrat am 30. Mai 2012 an Brasilien die Forderung richtete, die Militärpolizei abzuschaffen, da sie, so der Ratsbericht, im Verdacht stehe, „summarische Exekutionen und Menschenrechtsverletzungen“ zu begehen. Von Dänemark und Australien wurde sie als „Todesschwadron“ bezeichnet.

In der als „Bleierne Jahre“ bezeichneten Zeit nach dem Militärputsch von 1964 unterhielt die Nationale Stiftung für Indigene (FUNAI, siehe Infokasten) im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais unbemerkt von der Öffentlichkeit zwei Gefangenenlager für Indigene, die sie als Rechtsbrecher\*innen kriminalisierte. Mehr als einhundert Angehörige duzender ethnischer Gemeinschaften aus mindestens elf brasilianischen Bundesstaaten wurden in die Lager verschleppt. Das Straflager *Krenak* nahe der Stadt Resplendor im Westen von Minas Gerais und die *Fazenda Guaraní* im 350 km weiter westlich gelegenen Carmésia wurden von der Militärpolizei verwaltet, die heute für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen angeklagt ist.

## Straflager für Indigene im Namen der FUNAI

### Zwangsarbeit und Kriminalisierung von Indigenen während der Militärdiktatur

von André Campos

Zwar war schon der alte „Dienst zum Schutz der Indios“ (*Serviço de Proteção ao Índio* – SPI, siehe Infokasten) für repressive Praktiken gegenüber der indigenen Bevölkerung bekannt, die Straflager in Minas Gerais stehen jedoch für eine Radikalisierung dieser Repression. In den Jahren nach Ende der Diktatur wurde wenig getan, um die Geschehnisse in den Straflagern aufzuklären. Das Schweigen von offizieller Seite wird von vielen heftig kritisiert, so auch von Douglas Krenak<sup>1</sup>, 30 Jahre alt, Ex-Koordinator des „Rates der Indigenen Völker von Minas Gerais“ (*Conselho dos Povos Indígenas de Minas Gerais* – COPIMG): „Im Jahr 2009 erhielt ich eine Einladung zu einer Gedenkfeier anlässlich des 30. Jahrestages der brasilianischen Amnestie. Auf der Feier wurde viel über die Entschädigung der Opfer der Diktatur gesprochen, aber die Angelegenheiten der Indigenen wurden noch nicht einmal erwähnt.“

Für die Erziehungswissenschaftlerin Geralda Soares, ehemaliges Mitglied des indigenen Missionarates Minas Gerais (*Conselho Indigenista Missionário em Minas Gerais* – Cimi/MG), ist es von fundamentaler Bedeutung, die indigenen Gewaltopfer zu entschädigen. Zwischen diesen und anderen sozialen Gruppen, die während der Diktatur in den Straflagern gelitten haben, dürfe kein

Unterschied gemacht werden. „Viele dieser Indigenen sind meiner Meinung nach politische Gefangene. Sie beteiligten sich an einem gerechten Kampf – dem Kampf um Land“, betont Soares. In Brasilien wurde keine einzige indigene Person oder Gemeinschaft für die von staatlicher Seite in den Straflagern begangenen Verbrechen entschädigt. „Wenn das für Andere zutrifft, warum nicht für die Indigenen?“, fragt auch Maria Hilda Baqueiro Paraiso, Professorin an der *Universidade Federal da Bahia* (UFBA).

Die Verbrechen gegen Landbewohner\*innen und Indigene zählen zu einem der 13 Arbeitsschwerpunkte der brasilianischen Wahrheitskommission (*Comissão Nacional da Verdade* – CNV), die im Mai 2012 von der Bundesregierung eingesetzt wurde. In ihrem ersten Jahresbericht vom Juni 2013 benannte die Kommission die Straflager für Indigene als einen Untersuchungsgegenstand, schweigt aber gegenüber *Agência Pública* (der unabhängigen Nachrichtenplattform, auf der dieser Artikel erstmals erschien, Anm. d. Übers.) über den Stand der Ermittlungen. Im Jahre 1965 kam zunächst zwischen der Landesregierung von Minas Gerais und dem SPI ein Abkommen zustande, nach dem letzterer die Aufgabe übernahm, in den Dörfern Präsenz zu zeigen und die staatliche Ordnung durchzusetzen. Ratifiziert wurde das Abkommen zwei Jahre später durch die SPI-Nachfolgerin FUNAI. In diesem Zusammenhang entstand 1969 das „Landwirtschaftliche Straflager für Indigene – *Krenak*“, das von der Militärdiktatur als „Besserungsanstalt“ für straffällige Indigene deklariert wurde. Offiziere der Militärpolizei befehligten das Vorgehen vor Ort und sicherten sich wichtige Schlüsselpositionen in der Lokalverwaltung der Indigenenbehörde. Was tatsächlich im Lager geschah, ist bis heute kaum bekannt. Nur selten äußerten sich damals Vertreter\*innen des Staates über die Straflager, wie 1972 beispielsweise Osires Teixeira, Senator der *Aliança Renovadora Nacional* (ARENA – Allianz zur nationalen Erneuerung). Die inhaftierten In-

digenen würden in bester Gesundheit und mit einer neuen Ausbildung aus den Straflagern in ihre Gemeinden zurückkehren und auf diese Weise zur Weiterentwicklung der Dörfer beitragen, behauptete Teixeira, und beklagte weiter: „Brasilien war das Opfer nieder-

## Vom SPI zur FUNAI

Der von Cândido Rondon 1910 gegründete Dienst zum Schutz der Indios (*Serviço de Proteção ao Índio*, SPI) verfolgte zunächst hohe Ideale. Ab Mitte der 1950er sickerten jedoch Informationen über wuchernde Korruption und unverblühten Machtmissbrauch zahlreicher SPI-Funktionäre durch. Im Jahr 1967 enthüllte schließlich der sogenannte Figueiredo-Bericht die Tatsachen.

Im Auftrag des Innenministers hatte der Staatsanwalt Jader de Figueiredo Correia auf 7.000 Seiten Beweise über Folter, Sklaverei, sexuellen Missbrauch und Landraub durch Farmer oder Angestellte des SPI zusammengetragen. Die Gewalt gegen Indigene war zielgerichtet: Ganze Dörfer wurden von Flugzeugen aus mit Dynamitstangen beworfen. Angestellte des SPI verkauften mit Strychnin vergifteten Zucker an Indigene, verteilten mit Pocken verseuchte Kleidung und versagten gerade erst kontaktierten Gemeinschaften den Zugang zu medizinischer Unterstützung. Es sollte freies Land entstehen für die expandierende Landwirtschaft. Dass dabei ganze indigene Ethnien verschwanden, wurde billigend in Kauf genommen.

Noch im Jahr der Veröffentlichung des Berichts gründete der Staat die FUNAI (*Fundação Nacional do Índio*, Nationale Stiftung der Indigenen), die den SPI in seinen Aufgaben ablöste. Aus den öffentlich gemachten Verbrechen wurden jedoch keine Konsequenzen gezogen. Vielmehr gilt es als offenes Geheimnis, dass die Militärdiktatur den Bericht verschwinden ließ.

Die FUNAI untersteht dem Justizministerium und ist verantwortlich für die Einhaltung der in der Verfassung festgehaltenen Rechte der Indigenen, für die Markierung der traditionell von Indigenen genutzten Gebiete sowie für den Schutz der unkontaktierten Stämme vor externen Einflüssen.

Während der Militärdiktatur war die FUNAI an der Repression und an der physischen Vernichtung indigener Gruppen beteiligt. Während sie bis in die späten 1980er Jahre für ihre Assimilationspolitik kritisiert wurde, wird in jüngster Zeit ihre Nähe zur Agrarindustrie problematisiert, zu deren Gunsten sie die Markierung indigener Territorien immer wieder aussetzt und durch Gesetzesentwürfe die Rechte der Indigenen bedroht.

trächtiger Untersuchungen durch ausländische Presseorgane, die sich für unsere Indigenen-Politik interessierten. Dabei wissen wir doch alle, dass Brasili-

en das einzige Land auf dem Kontinent ist, welches seine Zivilisation errang, ohne die indigenen Gemeinschaften zu dezimieren.“

Berichte von ehemaligen Gefangenen und deren Angehörigen zeichnen jedoch ein ganz anderes Bild. Morgens, nach dem Frühstück, wurden die „Eingesperrten“, so nannte man die Indigenen im Lager, zu den landwirtschaftlichen Arbeiten gebracht. Nach dem Mittagessen ging die Arbeit weiter. Am Ende des Tages mussten die Gefangenen essen und sich waschen, danach gingen sie schlafen – eine typische Gefängnisroutine. „Wir gingen in einen Sumpf, das Wasser bis zum Knie, um dort Reis anzupflanzen“, berichtet Diógenes Ferreira dos Santos, Mitglied der indigenen Gemeinde Pataxó<sup>2</sup>, der 1969 ins Lager *Krenak* gebracht wurde. João Batista de Oliveira von der Gemeinschaft der *Krenak* fügt hinzu: „Unsere Aufgabe war es, das Gebüsch auszureißen, und das, obwohl es überall von Kobras wimmelte. Die bewaffneten Wachen standen nur am Rand und beobachteten uns.“ Das Straflager *Krenak* wurde mitten im Siedlungsgebiet der indigenen *Krenak* gebaut. Viele Mitglieder des Stammes kamen später als Gefangene in das Lager. *Agência Pública* hatte Zugang zu diversen Dokumenten der Polizeibeamt\*innen, die das Lager befehligten – darin Anträge, Telegramme und personalisierte Archivzettel, die Monat für Monat das Betragen der Gefangenen festhielten. Einer der Archiveinträge über einen Indigenen der *Karajá*-Gemeinschaft<sup>3</sup>, der darin als faul und träge beschrieben wurde, macht den Zwang zur körperlichen Arbeit deutlich: „Er ist ein Faulpelz, der geradezu einem Behinderter ähnelt. Wenn er könnte, würde er überhaupt nicht arbeiten.“

Mord, Diebstahl und Alkoholkonsum, der den Indigenen zu dieser Zeit durch die FUNAI streng verboten worden war, sind einige der von der FUNAI vorgebrachten Gründe, um Angehörige ethnischer Gemeinschaften im Lager zu inhaftieren. Weitere Dokumente des Lagers belegen interne Streitigkeiten, Drogenkonsum, Prostitution, Beamtenbeleidigung, Päderastie oder so dehnbare Vergehen wie „Müßiggang“ als Haftgründe. Laut offizieller Aufzeichnungen verbrachten einige Indigene mehr als drei Jahre im Lager, bei manchen wusste man am Ende sogar den eigentlichen Grund der Inhaftierung nicht mehr.

„Es gibt Berichte über zwei Indigene der Ethnie *Urubu-Kaapor*<sup>4</sup>, die besonders oft geschlagen wurden, damit sie das Verbrechen gestanden, für das sie ins Lager

*Krenak* gebracht wurden. Das Problem war, dass sie noch nicht einmal portugiesisch sprachen“, erzählt Geraldina Chaves Soares, die im Indigenen Missionsrat (Cimi) von Minas Gerais mitarbeitete und an den Forschungsarbeiten zur Geschichte der Indigenen des Staates beteiligt war. Einzelhaft und Peitschenschläge gehörten zu den gängigen Bestrafungen, wie aus den Untersuchungen von Soares hervorgeht. Sich in indigener Sprache zu unterhalten war ausdrücklich verboten. Besonders schwierig war daher die Lage für jene, die kein portugiesisch sprachen. „Die mussten es auf Biegen und Brechen lernen. Entweder du sprichst portugiesisch oder sie schlagen dich“, erinnert sich João Batista de Oliveira, der 1970 für neun Monate verhaftet worden war. Aus der Dokumentation seines Falls geht hervor, dass er dafür beschuldigt wurde, Zuckerrohrschnaps in sein Dorf gebracht und sich mit anderen Indigenen betrunken zu haben.

Neben dem Konsum von Alkohol war es Indigenen auch untersagt, das ihnen zugeschriebene Indigenengebiet zu verlassen. „Mein Großvater wurde an den Füßen zusammengebunden, hinter das Pferd eines Militärs gebunden und verschleppt, weil er es gewagt hatte, das Dorf zu verlassen“, erzählt Douglas Krenak. Es gibt Berichte darüber, dass selbst die traditionelle, nicht zum Überleben ausreichende Jagd oder der Fischfang außerhalb der indigenen Gebiete ein Grund zur Inhaftierung im Straflager sein konnte. ■

\* André Campos, freier Journalist, u.a. für *Agência Pública* - Wikileaks-Partner in Brasilien - und *Repórter Brasil*. 2013 erhielt Campos gemeinsam mit Carlos Juliano den „Deutschen Medienpreis Entwicklungspolitik“.

Aus dem brasilianischen Portugiesisch übersetzt und gekürzt von Sophie Unger. Infokasten und Fußnoten von der Übersetzerin.

- 1 *Krenak* ist der Name der größten im Bundesstaat Minas Gerais ansässigen ethnischen Gemeinschaft und zugleich der Nachname aller ihrer Mitglieder. Die ältere Bezeichnung als Botokuden geht auf das traditionelle Tragen von Lippentellern zurück, die jedoch auch abwertend für ungebildete Personen und schlechtes Benehmen verwendet wird. Im Jahr 2011 wurde die Gemeinschaft auf 600 bis 1.000 Mitglieder geschätzt. Ihre Sprache und Kultur gelten als fast ausgestorben.
- 2 Die indigene Gemeinschaft der *Pataxó* lebt im Bundesstaat Bahia, wo ihnen in der Nähe der Küstenstadt Porto Seguro das Gebiet des Naturparks *Monte Pascoal* zugeschrieben wurde. Ihre Bevölkerung wird heute auf ca. 11.000 geschätzt.
- 3 Die ethnische Gemeinschaft der *Karajá* oder *Carajá(s)* hat schätzungsweise 2.500 bis 3.000 Mitglieder und lebt in der Umgebung des *Rio Araguaia* in den brasilianischen Bundesstaaten Mato Grosso, Goiás, Tocantins und Pará.
- 4 Die auf ca. 800 Personen geschrumpfte Gemeinschaft der *Urubu-Kaapor* (auch: Ka'apor) lebt in einem markierten Schutzgebiet im nordöstlichen Bundesstaat Maranhão.

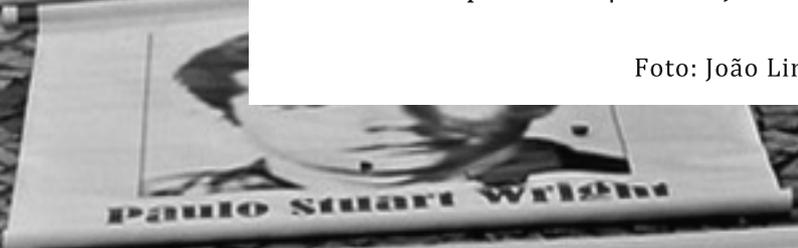
# Gegen das Vergessen der Opfer der Diktatur

1. April 2013 | Rio de Janeiro

Foto: João Lima.



Luiz Eduardo Merlino



Paulo Stuart Wright



Câmara Ferreira



Soledad Barret Viedma



Carlos Marighella

**2013** wurden in Deutschland der 100. Geburtstag von Willy Brandt (SPD) und der 95. Geburtstag von Helmut Schmidt (SPD) begangen. Zwei Politikgrößen der Bonner Republik, die auch außerhalb ihrer politischen Couleur hohes Ansehen als moralische Instanz genießen. In den sehr zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und in den ellenlangen Würdigungen deutschsprachiger Medien fanden die intensiven Beziehungen der beiden Spitzenpolitiker zum brasilianischen Militärregime und ihr Schweigen zu dessen Verbrechen jedoch mit keinem Wort Erwähnung. Das heikle Thema wird unter den Teppich gekehrt. Der Brasilienaspekt in den Biografien von Brandt, Schmidt, Walter Scheel (FDP), Hans-Dietrich Genscher (FDP) und anderen „Größen“ verweist auf deren tatsächliche Wertvorstellungen, fernab von aufwendig gepflegter Parteipropaganda und Personenkult. Ein Abriss der historischen Vorgänge zeigt dies anschaulich.

## **„Wir wollen mehr Demokratie wagen“ Die fragwürdige Zusammenarbeit deutscher Politik mit der Folterdiktatur Brasiliens**

von Klaus Hart

Die Haltung Bonns zu den nazistisch-antisemitisch orientierten Putschgenerälen<sup>1</sup> ist von Anfang an verblüffend eindeutig. Am 31. März 1964 stürzen die Militärs auf Geheiß der reaktionären brasilianischen Eliten in Abstimmung mit den USA die demokratische Regierung von João Goulart. Bereits am 7. Mai des gleichen Jahres stattet Bundespräsident Heinrich Lübke (CDU) als Repräsentant eines der wirtschaftlich wichtigsten Länder des Erdballs dem Regime einen einwöchigen Besuch ab. Es ist die erste offizielle Visite eines ausländischen Staatschefs nach dem Putsch – und kommt den Diktaturgenerälen im Interesse internationaler Aufwertung höchst gelegen. Zu Ehren von Lübke, der dem Militärregime politische und wirtschaftliche Unterstützung zusichert, wird eigens eine Sonderbriefmarke mit seinem Konterfei herausgegeben. Wohl wissend, wie unheimlich blutig und barbarisch Staatsstrieche in Lateinamerika realisiert werden, hätte Bonn damals den Staatsbesuch durchaus aufschieben können. Immerhin waren gemäß historischen Quellen bereits 1964 mehr als 50.000 Menschen verhaftet worden, hielt man Regimegegner\*innen in Fußballstadien und Frachtschiffen

gefangen. Bereits im Putschjahr wurde die Praxis des Verschwindenlassen zum Repressionsinstrumentarium. Willy Brandt, seit 1966 im Kabinett von Kurt Georg Kiesinger(CDU), sowohl Stellvertreter des Bundeskanzlers als auch Außenminister, sind derartige Hintergründe sowie die bedenkliche Faktenlage nach dem Militärputsch von 1964 in allen Details bestens bekannt. In auffälligem Gegensatz zu den gewöhnlich propagierten sozialdemokratischen Prinzipien reist Brandt 1968 jedoch nach Brasilia, schenkt Diktaturchef und General Costa e Silva eine goldene Uhr – und schlägt ihm einen Vertrag über enge atomare Zusammenarbeit vor. 1969 prägt Brandt seinen berühmten Satz „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Im selben Jahr unterzeichnet er in Bonn mit der Folterdiktatur gleich zwei wichtige Verträge – einen über die wissenschaftlich-technologische Kooperation, darunter nukleare, und ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit. Der von Brandt überaus herzlich empfangene brasilianische Gesandte ist kein geringerer als José de Magalhães Pinto. 1964 beteiligt sich Pinto als Gouverneur des Bundestaates Minas Gerais persönlich am blutigen Militärputsch – er wird zudem für ein Massaker an protestierenden Arbeiter\*innen von 1963 verantwortlich gemacht. Die dem Gouverneur unterstehende Polizei feuerte mit Maschinengewehren auf völlig unbewaffnete Arbeiter\*innen des staatlichen Usiminas-Stahlwerks in Ipatinga, wobei offiziell acht Männer getötet wurden – unabhängige Quellen sprechen hingegen von über 80 Getöteten, mehrere tausend Arbeiter\*innen wurden verwundet. Die Protestierenden hatten sich gegen sehr schlechte Arbeitsbedingungen sowie Gewalttaten des Werkschutzes gewehrt. Das Massaker von Ipatinga ist auch Gegenstand der Untersuchung der nationalen Wahrheitskommission zur Aufklärung der Diktaturverbrechen, da es als Vorbote der Repression nach dem Militärputsch von 1964 gilt. José de Magalhães Pinto unterzeichnete als Außenminister 1968 zudem die berühmten Ausnahme Gesetze des Militärregimes. Sie ermöglichten u.a. die Schließung des Nationalkongresses und aller anderen parlamentarischen Vertretungen Brasiliens sowie die Kassation von Abgeordnetenmandaten, verboten politische Aktivitäten und Versammlungen und gestatteten willkürliche Verhaftungen. Trotz der Verstrickungen von Magalhães

Pinto in den Militärputsch von 1964 und die in seiner Amtszeit begangenen Verbrechen, trägt das Stadion in Belo Horizonte, wo während der Fußball-WM 2014 mehrere WM-Spiele stattfinden, offiziell seinen Namen. 1971 erhält Willy Brandt den Friedensnobelpreis, über eine etwaige Kritik von Willy Brandt an dem immer brutaleren Vorgehen des brasilianischen Repressionsapparates ist indessen nichts bekannt. Die Gewalt des Regimes blieb jedoch nicht verborgen. Die Weltöffentlichkeit wurde unter anderem durch Vertreter\*innen der katholische Kirche in Brasilien detailliert darüber informiert, wie das Militärregime mit Oppositionellen verfuhr. Amnesty International widmet bereits 1973 ihre erste „Urgent Action“ dem Gewerkschaftsführer und Professor Luiz Basilio Rossi, der schwerer Folter ausgesetzt war. Nicht nur in den eigens eingerichteten Folterzentren wie etwa in Petropolis bei Rio de Janeiro gehörten Elektroschocks und sexuelle Gewalt vorwiegend gegenüber Frauen zu den Praktiken des Regimes. 2013 berichtet Maria Amélia de Almeida Teles auf einer Anhörung der Wahrheitskommission im Parlament des Teilstaates São Paulo über Erlittenes, darunter sexuellen Missbrauch: „Mir fällt es sehr schwer, selbst 40 Jahre später darüber zu sprechen. Vor meinen Augen haben sie einen Widerstandskämpfer ermordet und meinen Mann ins Koma gefoltert. Sie haben meine schwangere Schwester verhaftet und gefoltert. Ich war mehrfach Opfer sexueller Gewalt. Wir weiblichen Regimegegnerinnen wurden ja stets nackt verhört. (...) Mein kleiner Sohn fragte mich: ‚Warum bist du am ganzen Körper blau, warum ist Papa jetzt grün?‘ Er war im Koma. Ja, mein ganzer Körper war blau von den vielen Hämatomen.“

„Politik muss der Freiheit und der Würde jedes einzelnen Menschen dienen. (...) Freiheit und Verantwortung gehören für uns Liberale untrennbar zusammen“, so die markanten Worte des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, der 1975 indessen in Bonn mit seinem brasilianischen Amtskollegen Azeredo da Silveira das Atomabkommen unterzeichnet und hierbei nicht mit Lob für die Diktatur spart. Brasilien sei ein Beispiel für Stabilisierung und Gleichgewicht. 2013 erinnert Brasiliens führende Qualitätszeitung *Folha de São Paulo* in der City von São Paulo in einer großen Ausstellung an die beiden für das Jahr 1975 bedeutenden historischen Fakten – die Unterzeichnung des von Willy Brandt eingefädelt Atomvertrages mit der brasilianischen Militärdiktatur sowie die Folterung und Erm-

ordnung des jüdischen Journalisten Herzog durch das Militärregime unter dem deutschstämmigen General Ernesto Geisel. Die Militärdiktatur leugnet die Ermordung und verbreitet ein offizielles Foto vom angeblichen Selbstmord Vladimir Herzogs in einer Zelle in São Paulo. Brasiliens katholische Kirche reagiert nach der Ermordung Herzogs sofort. Der deutschstämmige Erzbischof von São Paulo, Dom Paulo Evaristo Arns, ruft zu einer ökumenischen Trauerfeier in die Kathedrale, geleitet mit dem ebenfalls als engagierter Diktaturgegner bekannten Erzbischof Dom Helder Camara und zwei Rabbinern die Messe, die mit etwa 8.000 Teilnehmer\*innen zu einem Fanal des Protestes gegen die Folter-Diktatur wird. Die Kathedrale ist von Soldateska umstellt.

Denkbar wäre, dass die Regierung in Bonn angesichts solch grauenhafter Nachrichten sowie der Proteste von Menschenrechtsorganisationen ihr Verhältnis zum brasilianischen Militärregime neu definiert, sich kritisch positioniert. Dies ist jedoch nicht der Fall. Vielmehr wird Generalspräsident Ernesto Geisel für 1978 von Bundeskanzler Helmut Schmidt zu einem offiziellen Besuch der Bundesrepublik Deutschland eingeladen. Dies empört selbst den Juso-Bundesvorstand: „Es ist geradezu eine abenteuerliche Politik, einer Diktatur, die zur Nutzung ihrer machtpolitischen Interessen noch nie Skrupel bei der Auslöschung von Menschenleben gezeigt hat, die radikalsten Vernichtungsmöglichkeiten in die Hand zu geben. Die Anwesenheit des Diktators Geisel in der BRD ist eine Provokation für alle Demokraten.“ Der damalige Juso-Vorsitzende heißt Gerhard Schröder.

Bei Demonstrationen in Köln und Düsseldorf, gegen die Polizeieinheiten des damaligen SPD-Ministerpräsidenten Kühn mit aller Härte vorgehen, werden Parolen wie „Völkermorde und KZ findet der Herr Geisel nett“ oder „Kein Atomgeschäft mit Folterern“ gerufen.

Dass die Militärdiktatur auf der Basis des Bonner Atomabkommens ein geheimes militärisches Nuklearprogramm mit Atomtestgelände in Amazonien vorantrieb, war längst bekannt. In Bonn unterzeichnet General Geisel mehrere Vereinbarungen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und absolviert danach ein bemerkenswertes Besuchsprogramm, in dem er nicht nur den Regierungspolitikern Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher und Walter Scheel die Aufwartung macht, sondern auch Oppositions- und Landespolitikern wie etwa Helmut Kohl (CDU), Franz-Josef Strauß (CSU) und Hans Filbinger (CDU). Vor dem Hintergrund der



„Herzog von der Militärdiktatur ermordet“.  
Foto: Devanir Amâncio

Menschenrechtsslage in Brasilien ist historisch interessant, wieviel Lob just Kanzler Schmidt sowie Scheel über den berüchtigten Diktator ausschütten. Ersterer würdigt Geisel, wie es hieß, für den Weg zu einer neuen demokratischen Ordnung. Beide Seiten hätten die gleichen Grundkonzeptionen die Gesellschaft betreffend. Geisel betont die Bedeutung des bilateralen Atomvertrags. Bundespräsident Scheel erklärt gar: „Die Freundschaft zwischen Brasilien und der Bundesrepublik Deutschland kann als Modell für die Nord-Süd-Beziehungen dienen.“ Die rege deutsch-brasilianische Reisetätigkeit von Kadern aller Ebenen wurde bis zum Ende der Diktatur 1985 fortgesetzt. 1979, im Jahr der Nichtauslieferung des sadistischen Judenmörders Gustav Wagner (stellvertretender Kommandant des KZ Sobibor) durch das Militärregime fliegt Schmidt nach Brasilien, trifft dort sogar den rechtsextremen Politiker Paulo Maluf, Präfekt von São Paulo. 1981 besuchen der Generalspräsident und Ex-Geheimdienstchef Figueiredo Bonn.

Hochrangige Bonner Staatsbesucher\*innen hielten stets enge persönliche Beziehungen zu den in Brasilien tätigen deutschen Konzernen – welche dem Militärregime keineswegs kritisch gegenüberstanden. Wie brasilianische Medien unter Berufung auf Dossiers und Aktenfunde berichten, wurden bei VW und Mercedes-Benz Spitzel in die Versammlungen der Metallarbeiter\*innen und ihrer Gewerkschaften geschickt, die ihre Berichte sofort an die politische Polizei DEOPS weitergeben. Brasilianische Qualitätsblätter wie das *Jornal do Brasil* schrieben bereits vor über einem Jahrzehnt ausführlich darüber. Gewerkschafter\*innen und andere

„verdächtige“ Angestellte seien beim DEOPS denunziert worden. Zudem sei angefragt worden, ob gegen Mitarbeiter\*innen, die eingestellt werden sollten, „etwas vorliegt“. Unter Diktator Ernesto Geisel wurde VW do Brasil um Angaben über oppositionelle Arbeiter\*innen gebeten – und gab derartige Daten auch heraus. Dies hatte alle erdenklichen Folgen. Ein Teil der Gemeldeten wurde verhaftet und gefoltert; wegen ihrer Registrierung bei der politischen Polizei fanden sie indes keine Anstellung mehr.<sup>2</sup>

Hat Deutschland neben einer indirekten Verantwortung aufgrund seiner politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Folterregime auch eine direkte Mitschuld an den schweren Menschenrechtsverbrechen? Laut Ivan

Seixas, der während der Diktatur gefoltert wurde, gibt es indessen auch Zeugen\*innenaussagen und Informationen über eine direkte Beteiligung westlicher Länder, darunter Deutschland, an der Repression. So seien Foltertechnologien und entsprechende Instrukteure nach Brasilien entsandt worden. Seixas, heute Leiter einer Gedenkstätte des Widerstands gegen die Militärdiktatur, das *Memorial da Resistência* in São Paulo, fordert daher, dass auch Deutschland zur Klärung bestimmte Geheimarchive öffnen müsse. Eine Stellungnahme der Wahrheitskommission steht hierzu noch aus. Menschenrechts- und Umweltorganisationen wollen die für 2014 anstehende erneute Verlängerung des von Willy Brandt mit der Folterdiktatur ausgehandelten Atomvertrags verhindern.<sup>3</sup> Nach Darstellung des angesehenen Umweltexperten Fabio Feldmann aus São Paulo enthält der Vertrag Geheimklauseln, die bis heute nicht veröffentlicht worden sind. ■

\* Klaus Hart, schreibt als Journalist für verschiedene Zeitungsverlage über Brasilien und bietet auf seiner Webseite ([www.hart-brasiliertexte.de](http://www.hart-brasiliertexte.de)) regelmäßige Berichte aus und über Brasilien. Hier finden sich auch Passagen zu Lulas Verstrickungen mit dem Militärregime, die hier aus Platzgründen nicht abgedruckt werden konnten.

- 1 Siehe zur „Nazi-Geschichte der brasilianischen Diktatur“: [www.hart-brasiliertexte.de/2012/05/12/das-nazi-gesicht-der-brasilianischen-diktatur-brasiliens-wichtigster-befreiungstheologe-frei-betto/](http://www.hart-brasiliertexte.de/2012/05/12/das-nazi-gesicht-der-brasilianischen-diktatur-brasiliens-wichtigster-befreiungstheologe-frei-betto/)
- 2 Siehe zur Rolle von Volkswagen do Brasil und deren Aufarbeitung: Russau, Christian: Hat Volkswagen do Brasil die brasilianische Militärdiktatur unterstützt? Online abrufbar unter [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/50-jahre-militaerputsch](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/50-jahre-militaerputsch)
- 3 Siehe Russau, Christian: „40 Jahre sind genug!“. Deutsch-brasilianische Kooperation zwischen Solidarität und Atomgeschäften. In: *iz3w* Nr.340 / *Brasilicum* Nr. 231, D. 12-13 (Brasilicum Sonderausgabe).

**E**s kommt häufig vor, dass wir im Laufe unseres Lebens bestimmte Situationen erleben, die uns an etwas zuvor Erlebtes erinnern. Dieses Phänomen wird als Déjà-vu bezeichnet, französisch für „schon gesehen“. Das Gefühl, etwas schon einmal erlebt zu haben, beschränkt sich jedoch nicht nur auf die persönliche Ebene, sondern erstreckt sich auch auf das gesellschaftliche Leben. So deuteten viele die Menschheitsgeschichte entweder als kontinuierlichen Zyklus von Aufstieg und Verfall oder sogar als Kreislauf, der uns zu Gefangenen der ewigen Wiederkehr macht. Ausgehend von der Prämisse, dass beide theoretischen Ansätze zu einer vollständigen Erfassung der realen Weltkomplexität unzureichend sind, stellt man mit einem gewissen Unbehagen fest, dass einige Fakten sich im Laufe der Zeit so eindrucksvoll perpetuieren, als ob sie eine unendliche Reproduktion des Immergleichen konstituieren.

## Erleben wir ein Déjà-vu?

### Der Fortschrittsdiskurs als Machtinstrument

von Guilherme Carvalho

Die Machtergreifung der brasilianischen Militärs im Jahre 1964 wurde von diesen als notwendige Maßnahme dargestellt, um das Land von der kommunistischen Bedrohung zu befreien. Zu diesem Zweck erhielten die Militärs nicht nur von großen öffentlichen und privaten Medienunternehmen Unterstützung, sondern auch von der überwiegenden Mehrheit in Justiz und Privatwirtschaft sowie von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen. Zudem erfolgte logistische und nachrichtendienstliche Unterstützung durch die Vereinigten Staaten.

Zusätzlich zur vermeintlichen kommunistischen Bedrohung versuchten die brasilianischen Militärs unter der Bevölkerung die Idee zu propagieren, dass ausschließlich sie imstande seien, die erforderlichen Rahmenbedingungen für den angestrebten wirtschaftlichen und sozialen *Fortschritt* der Nation zu schaffen. In diesem Zusammenhang stellte der *Fortschrittsdiskurs* ein wertvolles und brauchbares Ideologieinstrument des brasilianischen Militärregimes dar. Mit ihm sollte die Unterstützung und Ruhigstellung der Bevölkerung angesichts zunehmender repressiver Aktionen und Beschränkungen der Freiheits- und Unternehmerrechte sichergestellt werden.

Im Namen des angeblichen *Fortschritts* wurden große

Straßenbauprojekte wie die *Transamazônica* vorangetrieben. Daneben führten immer neue Erleichterungen und Anreize zugunsten einer Monopolisierung riesiger Landstriche Amazoniens zur systematischen Ausbeutung Amazoniens durch nationale und internationale Unterstützer\*innen des Regimes. Der brasilianische Staat trug maßgeblich zum Erfolg dieser Strategie territorialer Kontrolle bei, deren Auswirkungen bis heute fortauern und von enormer gesellschaftlicher Relevanz und Brisanz sind:

Welche Lehren können wir aus der regional ausgerichteten Politik der Landnahme ziehen? Die den großen Wirtschaftsmächtigen erteilten Privilegien und die Gewalt der beschleunigten Umsetzung einer technokratischen Politik, die die Region als homogen behandelt und die sozialen wie ökologischen Unterscheide missachtet, hatte fürchterliche Auswirkungen. Es wurden Lebensweisen und lokales, historisch gewachsenes Wissen zerstört. Das sind Lektionen darüber, wie man eine Region nicht planen sollte.<sup>1</sup>

Nun steigen wir in eine Zeitmaschine ein, die uns in das Zentrum der Regierung Dilma Rousseff transportiert. Zwei Monate vor der Realisierung der Konferenz Rio+20 traf sich die Präsidentin Rousseff am Regierungssitz mit zahlreichen im Klimaforum eingegliederten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Antwort der Präsidentin auf die kritischen Einwände bezüglich des Baus neuer Wasserkraftwerke in Amazonien war nachdrücklich: Die Regierung wird nicht von ihrem ursprünglichen Vorhaben abrücken, das Energiepotenzial der Amazonasregion voll auszuschöpfen. Sie ging sogar darüber hinaus und konstatierte, dass „die reale Welt keinen Platz hat für absurde, vergeistigte und phantastische Themen“ und fügte hinzu: „Eine Konferenz von solcher Wichtigkeit kann keinen Raum für die Diskussion von Luftschlössern bieten. Sie hat keinen Platz für Träumereien. Ich spreche nicht von der Utopie, die kann es durchaus geben.“<sup>2</sup> Abschließend versicherte Dilma den Anwesenden ihren unermüdlichen Einsatz für eine nachhaltige Entwicklung, mit deren Hilfe die brasilianische Bevölkerung aus der Armut geholt werde und *Fortschritt* im Einklang mit Ökosystem und Umweltressourcen möglich sei.

Auch der Bundesminister für Bergbau und Energie, Edson Lobão, verweist auf die Verteidigung des *Fortschritts* und der Entwicklung der Amazonasregion. Damit weist er die Kritik aus verschiedenen Teilen der brasilianischen Gesellschaft und der internationalen Gemeinschaft

hinsichtlich der ökologischen Auswirkungen des geplanten Baus dutzender Staudämme bis 2050 in Amazonien zurück. Die eiserne Verteidigung des infrastrukturellen *Fortschritts* dient im brasilianischen politischen Diskurs als wirksame Abschirmung gegen jegliches, kritisches Hinterfragen der politischen Handlungen des brasilianischen Staates und der nationalen und internationalen Wirtschaftsmächtigen. Ohne die Folgen für die Region und für das Klima des Planeten genau zu kennen, verfolgen diese unaufhörlich das Ziel, die Amazonasregion zur brasilianischen Energieprovinz zu machen.

In der poetischen Anthologie Cecília Meireles „*Romanço da Inconfidência*“ [dt. Über die Pferde der Verschwörung] gibt es einen wunderbaren Abschnitt zum Thema Freiheit, in dem Freiheit als Menschheitstraum betrachtet wird, den niemand erklären kann, und den doch alle verstehen.<sup>3</sup> Was würde passieren, wenn man das Wort Freiheit durch *Fortschritt* ersetzen würde? Wer würde mit klarem und gesundem Menschenverstand *Fortschritt* nicht anstreben oder sich fortentwickeln wollen?

*Fortschritt* gehört zu denjenigen Lehrmeinungen, „die rigoros an die Glaubwürdigkeit oder an die Macht des Erzählers gekoppelt“ sind.<sup>4</sup> Letztlich stellt sich die Frage, wer die Richtung des Fortschritts bestimmt. Um diese Frage zu beantworten und angemessen darüber reflektieren zu können, nimmt Gilberto Dupas Bezug auf die Figur Humpty Dumpty, die im von Charles Lutwidge Dodgson im Jahre 1865 publizierten Kinderbuch „Alice im Wunderland“ erwähnt wird:

„Wenn ich ein Wort verwende, dann bedeutet es genau, was ich möchte, dass es bedeutet. Nicht mehr und nicht weniger.“ „Die Frage ist doch“ entgegnet Alice, „ob du den Worten einfach so verschiedene Bedeutungen geben kannst.“ „Die Frage ist“, erwidert Humpty Dumpty vehement, „wer die Macht hat – das ist alles!“<sup>5</sup>

Parlamentarier\*innen, Medien, einfache Leute und sogar die Justiz verwenden den *Fortschrittsdiskurs* immer wieder als eine Art Schützimpfung, die Wasserkraftwerke und jegliche Bauvorhaben immunisiert – meist unabhängig von plausiblen, nachvollziehbaren und berechtigten Kritikpunkten. In in dieser Hinsicht ist es nicht verwunderlich, dass der Abschlussbericht der Forscher\*innen des Unabhängigen Expert\*innen-Panels zum Bau des geplanten Wasserkraftwerks Belo Monte am Fluss Xingú erheblich von den Formulierungen der „Studie zur Umweltauswirkungen“ abweicht, die von den interessierten Bauunternehmen vorgestellt wurde.

Mit Erstaunen lässt sich beobachten, wie der *Fortschritt* zum festen Bestandteil des Machtdiskurses wurde. Sowohl während der Zeit, als die Republik noch in den Kinderschuhen steckte, als auch während den Regierungen Juscelino Kubitschek, Eurico Gaspar Dutra und Getúlio Vargas wurde das Credo *Ordnung* und *Fortschritt* in die nationale Flagge und in die Köpfe der Bevölkerung eingepägt. Später wurde der magische Begriff *Fortschritt* von diversen Machtkonstellationen verwertet, die im Redemokratisierungsprozess des brasilianischen Staates an vorderster Front standen und den Begriff Fortschritt zur Erfüllung ihrer Zwecke instrumentalisierten.

Von dieser *Fortschrittsvorstellung* ausgehend, wird das Entwicklungsmodell für Amazonien, das auf der gezielten Ausbeutung der dort existierenden natürlichen Ressourcen basiert, von den lokalen und nationalen Machtkonstellationen als ein zukunftsfähiges Entwicklungskonzept postuliert. Insgesamt markiert der *Fortschritt* einen Wendepunkt zwischen der Zeit vor und nach ihm, zwischen Rückschritt und Weiterentwicklung, zwischen Vergangenheit und Zukunft.

Als Beispiel hierfür kann die Klassifizierung der Amazonasregion als eine rückständige Region angeführt werden, der der *Fortschritt* gebracht werden muss. Nach der gängigen Logik macht die von den Regierungen Vargas, Médiçi und Rousseff propagierte Rückständigkeit Amazoniens die Implementierung von infrastrukturellen Projekten notwendig. Um dieses Vorhaben zu erreichen, wurden Anreize zur Anwerbung von Investoren in der Region und das dafür notwendige Kapital bereitgestellt. Es wird evident, dass dem *Fortschrittsdiskurs* ein zivilisatorischer Charakter anhaftet, da mit ihm eine Art Erlösung für die „primitiven Völker“ oder für die zurückgebliebene Gesellschaft suggeriert wird. Zur Durchsetzung dieser Sichtweise ist in erster Linie die Bestimmung einer gesellschaftlich anerkannten Definition eines „*fortschrittlichen Stadiums*“ notwendig, wobei im brasilianischen Fall Europa lange Zeit diese Vorbildfunktion erfüllte. Inzwischen spricht man allgemein von „entwickelten Ländern“. Wenngleich einstweilen nicht jeder am *Fortschrittsbankett* teilnehmen kann,<sup>6</sup> prognostizierte Rostow (1978)<sup>7</sup> in seiner Stufentheorie der ökonomischen Entwicklung, dass Amazonien bis auf Weiteres keine andere nennenswerte Alternative übrig bleibt, als die wirtschaftliche Dynamik der südöstlichen brasilianischen Bundesstaaten nachzuahmen. Ungeachtet der Tatsache, dass die Versprechen einer glän-

zenden Zukunft permanent mit den prekären Lebensbedingungen der Bevölkerung Amazoniens und Brasiliens konfrontiert sind, wird der Begriff *Fortschritt* als taktische und moralische Rechtfertigung für den hegemonialen Akkumulationsdiskurs benutzt.

Erleben wir ein Déjà-vu? Genauso wie in früheren Zeiten steht der brasilianische Staat als treibende Kraft hinter der rücksichtslosen Aneignung und Privatisierung von ganzen Landstrichen und ihren natürlichen Ressourcen im Amazonasgebiet. Diese schleichende Entwicklung geschieht auf Kosten der indigenen Lebensweise und der traditionellen Bevölkerungsgruppen dieser Region – Flussuferbewohner\*innen, Extraktivist\*innen, Kleinbauern und -bäuerinnen. In diesem Zusammenhang wird in exzessiver Weise Gebrauch von einem starken und effizienten Repressionsapparat gemacht. So werden soziale Bewegungen und NGOs, die sich dem Entwicklungsmodell der intensiven und nicht nachhaltigen Nutzung des Bodens, des Wassers und der vorhandenen natürlichen Ressourcen widersetzen, bedrängt, behindert und kriminalisiert. Vor allem aber werden so Konflikte geschürt und wachsende sozio-ökologische Ungleichheiten geschaffen.

Genauso wie früher wird versucht, die Vorstellung durchzusetzen, dass der Markt – mit seinen Institutionen und Regeln – es vermag, die Amazonasregion zu entwickeln und Millionen von Menschen aus der Armut zu holen. Fünfzig Jahre nach der Errichtung der brutalsten Diktatur in Brasilien scheint die Reproduktion des Immergleichen kein Ende zu nehmen. ■

\* Guilherme Carvalho, Promotion in Umweltentwicklung an der *Universidade Federal do Pará* und Koordinator des Amazonasprogramms der FASE, aktiv im Netzwerk FAOR. Übersetzt aus dem brasilianischen Portugiesisch von Igor Birindiba Batista.

1 BECKER, Bertha. *Amazônia: nova geografia, nova política regional e nova escala de ação*. In: Martin Coy e Gerd Kohlhepp (coord.), *Amazônia Sustentável: Desenvolvimento sustentável entre políticas públicas, estratégias inovadoras e experiências locais*. RJ; Tübingen (Geographisches Institut der Universität Tübingen), 2005. S. 23-44.

2 BNDES dá novo crédito de R\$ 2,5 bi a Jirau. *O Estado de São Paulo*, 28.09.2012. Disponível em: [www.estadao.com.br/noticias/impresso,bndes-da-novo-credito-de-r-25-bi-a-jirau,937061,0.htm](http://www.estadao.com.br/noticias/impresso,bndes-da-novo-credito-de-r-25-bi-a-jirau,937061,0.htm). Abrufdatum: 13 out. 2012.

3 MEIRELES, Cecília. *Romanceiro da Inconfidência*. Rio de Janeiro: Nova Fronteira, 2005.

4,5 DUPAS, Gilberto. *O mito do progresso, ou progresso como ideologia*. São Paulo: UNESP, 2006.

6 CHANG, Ha-Joon. *Chutando a escada: a estratégia de desenvolvimento em perspectiva histórica*. Tradução de Luiz Antônio Oliveira de Araújo. São Paulo: UNESP, 2004.

7 ROSTOW, W. W. *Etapas do desenvolvimento econômico*. Rio de Janeiro: J. Zahar, 1978.

**Die** Zeitung *O Globo* gab in ihrem Editorial vom 31. August 2013 zu, dass die Unterstützung des Putsches von 1964 ein Fehler war – oder ein Irrtum, wie es im Text heißt. Die Entscheidung diese Einschätzung öffentlich zu machen, so das Editorial weiter, „rührt aus jahrelangen internen Diskussionen, während derer die Medienanstalt *Globo* zu dem Schluss gekommen ist, dass im Lichte der Geschichte diese Unterstützung ein Irrtum war.“ Fast 50 Jahre nach dem zivil-militärischen Putsch, der die demokratische Regierung von João Goulart stürzte, geht *Globo* mit diesem „Irrtum“ an die Öffentlichkeit und erinnert daran, dass auch andere große Zeitungen des Landes sich der Putschbewegung anschlossen (genannt werden *O Estado de São Paulo*, *Folha de São Paulo*, *Jornal do Brasil* und *Correio do Brasil* – „um nur einige zu nennen“) und gibt zu, dass jüngste Stimmen der Straßenproteste Recht damit haben, dass *Globo* die Diktatur unterstützt hat.

## Das *Globo* Editorial und die „Blackbox“ Medien

von Marco Weissheimer

Was aber wie eine Selbstkritik aussehen mag, gleitet im Laufe des Editorials ab in eine zynische Rechtfertigungsübung der 1964 getroffenen Entscheidung und in eine Verschleierung der Vergünstigungen, die dem Unternehmen für seine Unterstützung der Putschisten zuteil wurde. Der Text zitiert ein 1984 von Roberto Marinho unterzeichnetes Editorial, das „die Haltung Geisels vom 13. Oktober 1978 hervorhebt, der die Verfassungsrechte außer Kraft setzte, insbesondere den AI5, und den *habeas corpus* wiedereinsetzte (...)“. Gleich darauf rechtfertigt er die Unterstützung des Putsches, indem er die „in den 20 Jahren erreichten wirtschaftlichen Fortschritte“ betont sowie den Glauben, dass „der Putsch zwingend notwendig war für den Erhalt der Demokratie und später, um dem Vordringen der Stadtguerilla Einhalt zu gebieten.“ Der Tenor des Editorials lautet zusammengefasst: „Im Rückblick auf die Geschichte, 50 Jahre später betrachtet, war es ein Fehler, aber zum damaligen Zeitpunkt war es unvermeidlich für den Erhalt der Demokratie.“

Dieses Editorial voller Zynismus und selektiver Erinnerung des *Globo* dient zumindest als Gelegenheit, Licht in eine Debatte zu bringen, die bisher im Dunkeln verborgen blieb. Es ist eine einmalige Gelegenheit, um die Beziehungen der großen Medienanstalten des Landes zu der zivil-militärischen Diktatur, die Brasilien von 1964 bis 1985 erfasste, zu diskutieren. Mehrere dieser Unternehmen bauten ihre Medienmacht auf, während sie Vorteile und Vergünstigungen der Diktaturregierungen genossen. Die große Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung kennt diese Geschichte nicht, am wenigsten die jüngeren Generationen.

Unser Land ist sehr rückständig, was diesen Prozess betrifft. Argentinien hingegen, anders als dies in Brasilien der Fall ist, begleicht seine Rechnungen bezüglich der Militärdiktatur (1976-1983). Abgesehen von der strafrechtlichen Verfolgung der Militärs und Polizisten, die der Folter und des Mordes bezichtigt werden, entschied sich die argentinische Regierung dafür, in ein weiteres Wespennest zu fassen und fördert die bis dato geheimen, unter den Teppich gekehrten promiskuen Beziehungen der Medien zur Militärregierung zutage. Beispielsweise stellte die Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner am 24. August 2010 einen 20.000 Seiten starken Bericht vor, der die Besitzer\*innen der größten

Zeitungen der Beteiligung an während der Diktaturzeit begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezichtigt.

Die argentinische Regierung wirft in dem Bericht „*Papel Prensa – die Wahrheit*“, den Besitzer\*innen der Zeitungen *La Nación*, *Clarín* und der inzwischen geschlossenen *La Razón* vor, sich mittels Drohungen während der Diktatur, im November 1976, den größten Zeitungspapierhersteller illegalerweise angeeignet zu haben. Das Dokument beschreibt wie die vormaligen Besitzer, der Bankier David Gravier und seine Frau Lúdia, 1977 von Militärs gekidnappt, dazu gezwungen wurden, Papiere zu unterschreiben, dass sie ihre Anteile „verkaufen“ würden. Ein wichtiger Teil der Untersuchungen basiert auf der Aussage von Lúdia Papaleo, die von argentinischen Militärs nicht nur gekidnappt sondern auch gefoltert wurde.

„Was hinter der Zeitung namens *Clarín* steckt“ lautet die Überschrift eines Artikels (Carta Maior, 04/06/2012) des Journalisten Eric Nepomuceno, der ein Stück aus einer neuen Zeugenaussage von Lúdia Papaleo gegenüber der argentinischen Justiz enthält. Sie bestätigt: „Ich erinnere mich bis heute an die Gesichter meiner Peiniger. Aber keines dieser Gesichter, keiner dieser Blicke verfolgten und ängstigten mich mehr in meinen

Alpträumen, als der Blick von Héctor Magnetto, der mich anwies die Papiere über den Verkauf der *Papel Prensa* entweder zu unterschreiben oder meine Tochter und ich würden sterben.“ Héctor Magnetto, so Nepomuceno, war und ist noch immer der Hauptmanager der Gruppe *Clarín*. Er war es, der sich damals 1976, vor der Entführung und der Folter von Lidia Papaleo, mit ihr traf, und er war es, vor dem sie kapitulierte. Die Besitzer\*innen der betreffenden Zeitungen beschuldigten und beschuldigen noch immer die argentinische Regierung, sie wolle die Presse kontrollieren und ein Regime der Zensur etablieren. Die Wahrheit ist, dass ebenso wie in Brasilien, diese Unternehmen die Diktatur unterstützen, von ihr profitierten und möglicherweise direkte oder indirekte Komplizen zahlreicher Verbrechen sind, die das

Amtseinführung Joao Figueiredo am 15.03.1979,  
Foto: Archiv Agência Senado.



Militärregime begangen hat. Indem sie die „Blackbox“ der Medien öffnete, hat Cristina Kirchner sich auf den vielleicht schwersten Kampf ihrer Regierungszeit eingelassen.

### Vertreter\*innen des öffentlichen Interesses?

Die Medienunternehmen haben die Angewohnheit, sich als Verfechter des öffentlichen Interesses zu inszenieren. In welcher Weise kann ein privates Unternehmen, dessen zentrales Ziel das Geschäft ist, Sprecher des öffentlichen Interesses sein? Diese Unternehmen nehmen aktiv am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Geschehen teil, besetzen Ämter, treffen Entscheidungen und geben vor, der Bevölkerung zu sagen wie sie die Welt zu sehen hat. Im Fall Brasiliens, ebenso wie in Argentinien, ist die jüngste Geschichte dieser Unternehmen geprägt von deren Unterstützung bei der Verletzung von Grundrechten, Absetzung demokratisch gewählter Repräsentant\*innen und von der Mittäterschaft bei Verbrechen der Militärdiktatur – häufig sogar aktive Komplizenschaft wie im Falle der Nutzung der Fahrzeuge der *Folha de São Paulo* für den Transport gefolterter, politischer Häftlinge während der berühmtesten *Operação Bandeirantes*.

Bis heute hat es keines dieser Unternehmen für nötig gehalten, seine Haltung während der Militärdiktatur zu rechtfertigen. *Globo* unternimmt den ersten Versuch mit einem Text, der durchgehend danach sucht, den „Fehler“ durch die historischen Umstände zu rechtfertigen. Viele dieser Medien vermeiden bis heute den Begriff „Diktatur“, wenn sie über diese traurige Zeit in der Geschichte sprechen und ziehen es vor, vom „Ausnahmeregime“ zu reden. Sie verhalten sich, als seien ihre Wahl, die Diktatur zu unterstützen und die damit einhergehenden Vorteile Ausdruck des „öffentlichen Interesses“. War es ein Ausdruck des „öffentlichen Interesses“, den Putsch zu unterstützen, der die demokratisch gewählte Regierung von 1964 stürzte? Komplize einer Diktatur zu sein, die die brasilianische Verfassung mit Füßen getreten, gefoltert und gemordet hat – qualifiziert das jemanden als Verteidiger der Freiheit? Das Schweigen dieser Unternehmen angesichts solcher Fragen ist auch eine Antwort.

Hier in Rio Grande do Sul haben wir ebenfalls ein trauriges Stück Geschichte, das erst noch erzählt werden muss. Die Zeitung *Zero Hora* war einst Vorgänger der Zeitung *Última Hora*, die die Militärs schlossen, weil sie João Goulart unterstützten. Die Zeit der Gründung

der Zeitung war geprägt von einem gewaltsamen Angriff auf den Rechtsstaat: der Veröffentlichung des *Ato Institucional n° 5* (13. Dezember 1968)<sup>1</sup>. Drei Tage später veröffentlichte *Zero Hora* einen Beitrag zum Thema und versicherte, dass „sich die Regierung der Solidarität und Unterstützung diverser Sektoren des öffentlichen Lebens im Land sicher sein könne.“ Am 1. September 1969 titelt die Zeitung in ihrem Editorial „Der Erhalt der Ideale“ und rühmt die „Autorität und Unumkehrbarkeit der Revolution“. Der letzte Satz spricht für sich selbst: „Die nationalen Interessen müssen um jeden Preis und an oberster Stelle gewahrt werden.“

Nationale Interessen oder Unternehmensinteressen? Die Ausbreitung der Medienunternehmen des Südens konsolidierte sich 1970 mit der Schaffung einer der größten Medienkonzerne neben *Globo*, dem *RBS*. Aufbauend auf die guten Beziehungen zur Militärdiktatur und der Zusammenarbeit mit *Globo*, konnte der *RBS* weitere Konzessionen erreichen und seine Geschäfte ausweiten. Wer heute diese Geschichte wieder in Erinnerung rufen will, wird als „Feind der Pressefreiheit“ diffamiert.

Aber dies betrifft nicht nur die Zeitung *Zero Hora*. Der *Correio do Povo* nahm aktiv am Putsch von 1964 teil, der die Regierung João Goulart stürzte. Der Artikel „1964: Rio Grande do Sul im Auge des Orkans“ von Enrique Serra Padrós und Rafael Fantinel Lamiera beschreibt das Verhalten des Blatts, das damals zur Gruppe *Caldas Junior* gehörte. „Der *Correio do Povo* nahm eine Position vernichtender Kritik gegenüber Goulart ein, den er als Agitator, Angreifer auf die Demokratie und Demagogen bezeichnet, der einen Neuperonismus und Neucastroismus (was auch immer dies gewesen sein mag) in Brasilien errichten wolle. Er nahm die gleiche Position der Infragestellung ein wie Lacerda und die Presse des Zentrums in ihren Attacken gegen die nationale Regierung und Brizola. Es ging um einen expliziten Bezug zu den Plänen, in Brasilien ein kommunistisches Regime nach populistischer Art aufzubauen – eine Mischung aus Perón und Fidel Castro, zwei der größten Alpträume der lateinamerikanischen Rechten.“<sup>2</sup>

Die Position anderer großer Zeitungen wiederholend, veröffentlichte der *Correio do Povo* am Vorabend des Putsches von 1964 ein Editorial mit der Überschrift „Damit die Streitkräfte ihre historische Mission als Hüter des Gesetzes und der Ordnung erfüllen – im Geiste ihrer historischen Berufung des Christentums und der liberalen Demokratie.“ Der Schluss des Editorials bestätigt: „Der an dieser Stelle zu beschreitende Weg

lässt keine Zweifel oder Zögerung zu: Es geht um die ethische Säuberung der politischen und administrativen Spitzen und um die Auslöschung der Feinde des Vaterlandes, die sich in den Festungen der Macht eingenistet haben.“

Die Beteiligung der brasilianischen Medien an der Diktatur ist eine Episode, die erst noch umfassend öffentlich gemacht werden muss. Es gibt viele Lücken und dunkle Flecken in dieser Geschichte. Und das scheint kein Zufall zu sein. Viele der eingegangenen Verpflichtungen, die einen wichtigen Teil der brasilianischen Medien dazu brachten, sich mit dem putschenden und autoritären Sektor zu alliieren, bleiben bis heute bestehen und kommen in anderen Debatten des öffentlichen Lebens zum Tragen. Solange die Gesellschaft nicht entscheidet, diese „Blackbox“ zu öffnen, um die demokratische Entwicklung des Landes zu fördern, werden diese Unternehmen in Brasilien, in Argentinien und in anderen lateinamerikanischen Ländern ihre Lieblingsspielart weiter verfolgen: Das historische Gedächtnis mit Füßen treten und ihre unternehmerischen Interessen als öffentliches Interesse darstellen.■

\* Marco Weissheimer ist Journalist des Portals Sul21 und lebt in Porto Alegre, Rio Grande do Sul. Übersetzt aus dem brasilianischen Portugiesisch von Tina Kleiber.

*Weitere Artikel zu Medienmacht, zur zivilgesellschaftlichen Kritik an den großen Medienanstalten und zu deren tendenziösen Berichterstattung über die sozialen Bewegungen finden sich im Brasilicum Nr. 230. Gewaltiges Brasilien und seine mediale Inszenierung. Medien, Proteste, Gewalt.*

**Dem** Journalisten Mário Magalhães gelingt mit der 2012 in Brasilien erschienenen Biografie über Carlos Marighella ein lesenswerter Einblick in dessen Person und die Zeit der Militärdiktatur. Marighella war Mitglied der kommunistischen Partei Brasiliens und Widerstandskämpfers gegen die Militärdiktatur.

In den zehn Jahren der Arbeit an dieser Biografie führte der Autor 256 Interviews mit Zeitzeugen, nahm Einblick in Dokumente von mehr als 70.000 Seiten und besuchte dafür nicht weniger als 32 Archive in Brasilien, Russland, der Tschechischen Republik, den USA und Paraguay. Dieser Arbeitsaufwand förderte eine Menge neuer Fakten über das Leben Marighellas und die Zeit der Militärdiktatur zu Tage.

## Biografie eines Guerilleros ohne Angst – Carlos Marighella (1911-1969)

Rezension von Kurt Damm

Teilweise liest sich die Biografie wie ein Krimi. Spannend und realistisch beschreibt der Autor das facettenreiche Leben Marighellas. Die Gefängnisaufenthalte und die Folter, die Zeit im Untergrund, im Widerstand gegen die von ihm als faschistisches Regime bezeichnete Militärdiktatur, die Überfälle auf Banken und Geldtransporte, Spionageunternehmen, aber auch seine poetische Seite mit Liebesgedichten für seine Lebenspartnerin Clara Charf.

Geboren wurde er 1911 in Salvador da Bahia als Sohn eines italienischen Einwanderers. Die Vorfahren seiner Mutter waren aus dem Sudan nach Brasilien in die Sklaverei verschleppt worden. 1932 lernt er das Gefängnis zum ersten Mal kennen. Nachdem er sich in Form eines Gedichts kritisch über die nicht direkt gewählte Landesregierung von Bahia geäußert hatte, ließ diese ihn verhaften und einsperren. Nach seiner Entlassung brach er sein Studium in Salvador ab, trat in die Kommunistische Partei Brasiliens (PCB) ein und siedelte nach Rio de Janeiro um.

Bis 1946 wurde er mehrmals verhaftet, von der berüchtigten Polizeieinheit Filinto Müllers gefoltert und mehrere Jahre inhaftiert. Während einer längeren Haftphase organisierte er für 3.000 Mitgefangene Studienlehrgänge im Gefängnis und setzte hier seine Arbeit im Sinne einer Bewusstseinsbildung fort. Nach seiner Entlassung wurde er 1946 als Abgeordneter für die PCB

1 Der am 13. Dezember 1968 unter Costa e Silva erlassene Institutionelle Akt Nummer 5 setzte die Arbeit des Parlaments aus und annullierte endgültig die politischen Rechte der Bürger\*innen.

2 Die Diktatur der nationalen Sicherheit in Rio Grande do Sul. S.41

ins Parlament gewählt und engagierte sich darüber hinaus bei der Organisation von Streiks. Von CIA und KGB gleichermaßen beobachtet, war er zwischen 1930 und 1960 vier Jahrzehnte in der kommunistischen Bewegung Brasiliens aktiv.

Nach kurzen Aufenthalten in China und Kuba verließ er zwei Jahre nach dem Militärputsch 1964 in Brasilien die Kommunistische Partei und ging in den Untergrund, um den bewaffneten Kampf gegen die Diktatur aufzunehmen. Nach der Ermordung Che Guevaras gründete er im September 1968 die Stadtguerilla *Ação Libertadora Nacional* (ALN), die in Rio und São Paulo durch zahlreiche Überfälle auf Banken, Kasernen und andere militärische Einrichtungen auf sich aufmerksam machte.

1969 entführte die ALN zusammen mit einer weiteren Widerstands-Gruppe, der MR-8 (benannt nach dem Tag der Gefangennahme Che Guevaras) den US-amerikanischen Botschafter Charles Burke Elbrick. Nachdem Botschafter Elbrick im Austausch gegen 15 politische Gefangene verschiedener linker Bewegungen freigelassen worden war, fahndete die politische Polizei fieberhaft nach Marighella.

Von der Militärregierung zum Staatsfeind Nr. 1 ernannt, wurde er am 04. November 1969 in einen Hinterhalt der Polizei gelockt und getötet. „Vorsicht, Marighella ist ein mutiger Mann“ soll Cecil Borer, Direktor der Geheimpolizei von Rio de Janeiro, seinen Beamten mit auf den Weg gegeben haben, bevor er sie losschickte, den Gesuchten zu finden und mit mehreren Gewehrsalven zu erschießen. Zur Zeit seines Todes agierte er in mindestens sechs verschiedenen, bewaffneten revolutionären Gruppen in Brasilien.

Neben seinen spektakulären Guerilla-Aktionen ist Marighella bis heute bekannt für sein Werk „*O Mini-Manual do Guerrilheiro Urbano*“ von 1969, dem wichtigsten Handbuch für Stadtguerilleros. In deutscher Übersetzung erschien dieses Handbuch in dem Buch „Zerschlagt die Wohlstandinseln der Dritten Welt“ (Reinbek 1971), das zu einem wichtigen Text für die militante Linke in Deutschland wurde. Allein der Besitz des Buches konnte im Deutschen Herbst zu Hausdurchsuchungen und Festnahmen führen. In vielen Ländern war der Text verboten.

Marighella versucht mit seiner Schrift, die Guerilla-Theorie Guevaras zu erweitern. Er setzt dabei nicht nur auf



Veranstaltung des Nationalbüros für Menschenrechte anlässlich des 100. Geburtstages Carlos Marighella, Foto: Adenilson Nunes / AGECOM

den bewaffneten Kampf gegen die Militärs, sondern will diesen um die Mobilisierung der Massen ergänzen und gleichzeitig ein Unterstützungsnetz aufbauen. Dieses Unterstützungsnetz ist in Deutschland unter der Bezeichnung des „Sympathisanten-Sumpfs“ in die Geschichte eingegangen. Für ihn war klar, dass eine Revolution nicht allein von organisierten, bewaffneten Guerilla-Einheiten erkämpft werden kann. Diese kann nur erfolgreich sein, wenn sie die Unterstützung der breiten Bevölkerung erreicht. Darüber hinaus enthält das Handbuch auch konkrete Handlungsanweisungen für urbane Guerillakämpfer\*innen, wodurch es natürlich in das Blickfeld der Polizei geriet. Das Buch dokumentiert gleichzeitig die Aktivitäten Marighellas in seinen beiden letzten Lebensjahren.

1996 erkannte das brasilianische Justizministerium an, dass der Staat die Schuld an der Ermordung Marighellas trägt, weitere 12 Jahre später gestand der Staat der Lebenspartnerin Marighellas, Clara Charf, eine Lebensrente zu.

Die Biografie liegt bisher nur in portugiesischer Sprache vor (Mário Magalhães: *Marighella - O guerrilheiro que incendiou o mundo*. Companhia das Letras, 2012) und entwickelte sich in kurzer Zeit zu einem der meist verkauften Bücher in Brasilien. Vor allem auch die genaue Beschreibung der Zeit während der Militärdiktatur macht das Buch zu einer spannenden Lektüre. ■

\* Kurt Damm, KoBra-Mitglied und freier Autor.

**1969** war ein turbulentes Jahr für die sich konsolidierende und brutalsierende Militärdiktatur. Mit der Verkündung einer Art Notstandsgesetzgebung (dem AI 5) im Jahre 1968 hatte sich die „harte Linie“ in der Militärdiktatur endgültig durchgesetzt. Im Juni 1969 erkrankte Präsident Costa e Silva so schwer, dass er sein Amt nicht mehr ausüben konnte. Die Militärs setzten alles daran, die Amtsübergabe an einen zivilen Vizepräsidenten zu verhindern. Am 31. August wird durch eine Verfassungsänderung (AI 12) eine Militärjunta unter Führung von Ernesto Medici installiert. Am selben Tag treffen Brasilien und Paraguay im *Maracanã*-Stadion in Rio de Janeiro aufeinander. Es ist das letzte und entscheidende Spiel für die Qualifikation und geht in die Geschichte als das Spiel mit der höchsten offiziell registrierten Zuschauer\*innenzahl in die Geschichte des brasilianischen Fußballs ein: über 180.000 erleben den 1:0 Sieg Brasiliens und die Qualifikation für die Fußballweltmeisterschaft der Männer 1970 in Mexiko.

## Fußball zwischen Diktatur und Demokratiebewegung

von Thomas Fatheuer

Der Trainer der brasilianischen Mannschaft heißt João Saldanha, ein überzeugter Linker und Mitglied der verbotenen Kommunistischen Partei. Nach dem Debakel von 1966, als Brasilien bei der WM in England schon in der Vorrunde ausschied, war der Erfolgsdruck immens. Der Präsident des brasilianischen Fußballverbandes, João Havelange, schreckte nicht davor zurück, den als Querkopf und Kommunisten bekannten Saldanha als Trainer einzustellen. Über den 31. August erzählte Saldanha eine besondere Geschichte: Der für den Sport zuständige General Eloi Menezes habe ihn vor dem Spiel informiert, dass der erkrankte Präsident Costa e Silva gestorben sei und eine Gedenkminute eingelegt werden solle. Saldanha riet mit Blick auf ein mögliches Pfeifkonzert ab. Es gab keine Schweigeminute und Costa e Silva starb auch erst im Dezember.

Der neue Präsident, Medici, ist nicht nur begeisterter Fußballfan, sondern legt auch den größten Wert auf volksnahe Auftritte. Er wagt sich in volle Stadien, jongliert in Fernsehshows mit dem Ball und versucht sich

und dem Regime durch den Fußball ein populäres Image zu geben.

Als sich Medici in die Aufstellung der Nationalmannschaft einmischte, trat Saldanha zurück. Der Zwischenfall zeigt, wie ernst die Militärdiktatur die WM von 1970 nahm. Nachfolger von Saldanha wird Zagallo und mit ihm erfolgt eine als „Militarisierung“ bezeichnete Transformation der Nationalmannschaft. Jeronimo Bastos, ein Militär, wird Leiter der brasilianischen Delegation für die WM in Mexiko und weitere Militärs werden in die Vorbereitung einbezogen. Der bekannteste von ihnen war Claudio Coutinho, der später (1978) Nationaltrainer werden sollte. Coutinho verkörperte ein ganz andern Fußballstil als der impulsive Saldanha: Er wollte das systematische Training auf wissenschaftliche Grundlage stellen und sah in der guten physischen Verfassung die entscheidende Bedingung für den WM-Sieg.

Kein Fußball-Ereignis war bisher in Brasilien so offen politisch ausgeschlachtet worden wie die WM von 1970. Die Hymne „*Pra Frente Brasil - Vorwärts Brasilien*“, der offizielle WM-Jingle des Landes, synthetisiert den nationalistischen Geist der Diktatur: „90 Millionen in Aktion, vorwärts Brasilien ... alle vereint in derselben Emotion.“ Nun, eben nicht alle. Während der WM wird der deutsche Botschafter in Brasilien, Ehrenfried von Holleben, von linksgerichteten Guerilleros der *Vanguarda Popular Revolucionária* entführt. Zum Austausch für die Freilassung des Botschafters akzeptiert die Regierung am 17. Juni die Ausreise von 40 politischen Gefangenen nach Algerien. Das Regime verstärkt daraufhin die Repression und instrumentalisiert die Nationalmannschaft für Propaganda gegen die Guerilla. Den Widerstandskämpfern wird zum Vorwurf gemacht, die brasilianische Mannschaft zu stören. Die *Folha de São Paulo* titelte am 17. Juni: „Nachrichten aus Mexiko zeigen die Verstärkung, die die Nachricht über die Entführung bei unserer Mannschaft provozierte. Pelé, Rivelino und andere Spieler äußerten sich und verurteilten den terroristischen Akt.“

Trotz dieser „Störung“ wird Brasilien souverän Weltmeister: im Endspiel siegt die brasilianische *Seleção* anscheinend mühelos mit 4:1 gegen Italien. Die Regierung schlachtet den Triumph schamlos aus, und Medici empfängt die *Seleção* mit einem geradezu idealtypischen Statement über die Vereinigung von Fußball und ange-

lichem nationalen Interesse: „Ich identifiziere den Sieg im sportlichen Wettkampf mit dem Vorherrschen der Prinzipien, die wir im Kampf für die nationale Entwicklung lieben sollen.“ Weiter bezeichnet er den Erfolg im Fußball als eine „Bestätigung des brasilianischen Menschen“.

Tatsächlich konnte die Militärjunta 1970 durch den Fußball einen der seltenen Momente relativer Popularität feiern. Für andere Beteiligte ebnete der Sieg von 1970 eine bemerkenswerte Karriere: João Havelange, Sohn eines Waffenhändlers, wurde 1974 zum Präsidenten der FIFA gewählt, ein Amt das er 24 Jahre lang behalten sollte. Zusammen mit seinem Schwiegersohn Ricardo Teixeira, der jahrzehntelang den brasilianischen Fußballverband anführte, transformierte er die FIFA in einen mächtigen und undurchsichtigen Konzern, der das populärste globale Event gnadenlos vermarktet. Inzwischen verloren beide ihre Ämter oder Ehrenämter, weil sich die massiven Korruptionsanschuldigungen verdichteten. Aber das System FIFA wird von dem ehemaligen Generalsekretär Havelanges, Joseph Blatter, fortgeführt. In Brasilien sind die Kontinuitäten noch schmerzhafter. Zwar musste Ricardo Teixeira sein Amt aufgeben, konnte aber als Nachfolger seinen Vertrauten José Maria Marin durchsetzen. Marin hatte während der Militärdiktatur politische Karriere gemacht und wird beschuldigt, geistiger Urheber des Mordes an dem Journalisten Wladimir Herzog<sup>1</sup> zu sein. Marin hatte zuvor den Sender, für den Herzog arbeitete, als unpatrisotisch und subversiv bezeichnet. Nun ist er Präsident des Vorbereitungskomitees für die WM – wahrlich ein „ehrenhafter Gastgeber“ – wie der WDR eine Reportage über Marin titelte.

Aber die Verbindung zwischen Fußball und Politik hat auch eine andere Seite: Fußballspieler engagierten sich im Kampf gegen die Diktatur. 1982 beginnt eines der bemerkenswertesten Kapitel der brasilianischen Fußballgeschichte, die *Democracia Corinthiana*. *Corinthians*, der Fußballclub São Paulos, lag sportlich danieder, als die Spieler selbst das Zepter in die Hand nehmen, den Trainer wählen und einen demokratischen Club etablieren. Alles wird diskutiert und abgestimmt –



Fußballspieler engagierten sich im Kampf gegen die Militärdiktatur „Democracia Corinthiana“. Foto: KoBra Archiv

jeder hat eine Stimme. Und trotz des Slogans „Siegen ist nur ein Detail“, wird die sympathische Chaos- Truppe Meister von São Paulo. Der bekannteste Spieler, Sócrates, engagierte sich dann in der Kampagne „Diretas-já!“ für Direktwahlen, die der Militärdiktatur ein Ende setzen sollte und Millionen auf die Straße brachte. Sócrates wurde zu einer der wichtigsten Personen der Demokratiebewegung der achtziger Jahre und versprach, weiter in Brasilien zu spielen, wenn die Kampagne erfolgreich wäre. Leider erreichte die Bewegung nicht ihr Ziel und Sócrates ging nach Italien.

Die Massenproteste im Juni 2013 anlässlich des *Confederation Cups* machen Hoffnung, dass die Fußball WM 2014 im Zeichen eines neuen demokratischen Aufbruchs stehen kann und nicht nur die Kontinuitäten der „FIFA Mafia“ (so der Buchtitel des SZ-Journalisten Thomas Kistner) präsentiert. ■

\* Thomas Fatheuer ist KoBra-Vorstand und Mitherausgeber des Buches „Fußball in Brasilien: Widerstand und Utopie“, das im April 2014 im VSA-Verlag erscheint.

<sup>1</sup> V.H. wurde Oktober 1975 kurz nach seiner Verhaftung zu Tode gefoltert. Sein Fall erregte damals großes Aufsehen.



## Veranstaltungshinweise

### **Nunca Mais! – Brasiliens vergessene Militärdiktatur KoBra-Frühjahrstagung**

Vorträge | Seminare | Diskussionen | Mitgliederversammlung

vom 28. März bis 30. März 2014 in Niederkaufungen bei Kassel

**Themen:** Gegenwärtiger Stand der Aufarbeitung der brasilianischen Militärdiktatur, Rolle der Kirche während der Diktatur, Wiederbelebung und Fortdauern autoritärer Strukturen heute sowie Fragen der Brasiliensolidarität.

Weitere Informationen und Anmeldung unter:

[www.kooperation-brasilien.org](http://www.kooperation-brasilien.org)



### **Initiative Nunca Mais - Nie Wieder**

Nuncamais Brasilientage & Symposium | März bis Juni 2014

Die deutsch-brasilianische Initiative Nunca Mais - Nie Wieder organisiert anlässlich des 50. Jahrestages des Militärputsches in Brasilien eine mehrmonatige Veranstaltungsreihe: die Nunca Mais Brasilientage. Von März bis Juni 2014 wird es Filmreihen, Workshops und Gesprächsrunden mit namhaften Expert\*innen und Zeitzeug\*innen geben.

Höhepunkt der Brasilientage 2014 sind zwei mehrtägige Symposien, die zeitversetzt an der Freien Universität Berlin (7. – 8. April) und der Pontificia Universidade Católica von São Paulo (5. – 10. Mai) stattfinden. Weitere Informationen und Programm unter:

[www.nuncamais.de](http://www.nuncamais.de)

